

Rosenland



Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 16

Juni 2014

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Beiträge	
Andreas Ruppert: Wie die Wehrmacht einmal über den Tisch gezogen wurde – Der Bau der Klüterkaserne in Detmold in den Jahren 1935-1938	2
Wolfgang Bender: Die „Bettlerazzia“ in Lippe im September 1933	14
Thomas Dann: Ein Schloss auf Abwegen: Die „BDM. Obergau-Führerinnenschule Schloss Varenholz“	23
Dokumentation	
Andreas Ruppert: Ansprache am 9. November 2013 in Detmold	32
Jürgen Hartmann: „Es war blanker Hass, blanker Terror“ – Die Gewaltaktion gegen die jüdischen Lipper am 9./10. November 1938	36
Miszellen	
Andreas Ruppert: Noch einmal „Hindenburg in Detmold“	51
Andreas Ruppert: Noch einmal „Ehrenbürger Wilhelm Teudt“	53
Impressum	54

Editorial

Die heftigen Detmolder Auseinandersetzungen um eine Ehrenbürgerschaft und um eine Straßbenennung haben gezeigt, dass die Zeit des Nationalsozialismus trotz jahrzehntelanger Forschungen, trotz Ausstellungen, Publikationen, stadtgeschichtlichen Vortragsreihen oftmals nur abstrakt „bewältigt“ worden scheint, und sich Widerstände regen, wenn konkrete Konsequenzen gezogen werden sollen. Dies begründet auch, warum die Untersuchung dieser Zeit ein wichtiges Anliegen der Redaktion bleiben wird.

Die nächste Ausgabe wird allerdings die Frage nach der Bedeutung von Lokalgeschichte in den Mittelpunkt stellen, da an vielen Orten Lippes bemerkenswerte Einzeluntersuchungen zur Dorfgeschichte oder zu einzelnen Aspekten der Stadtgeschichte erschienen sind.

Wie die Wehrmacht einmal über den Tisch gezogen wurde – Der Bau der Klüterkaserne in Detmold in den Jahren 1935-1938¹

von Andreas Ruppert

Prolog

Am 5. Mai 1933 fand in Detmold eine Besprechung mit hochrangigen Teilnehmern statt. Zu ihnen gehörten ein Vertreter des Reichswehrministeriums, Vertreter des Wehrkreises 6 (Münster), der Detmolder Standortälteste Major Meyer-Rabingen, von der Stadt Detmold Bürgermeister Hans Keller, sein Stellvertreter Dr. Droegenkamp und sein Adjutant Karl Segler, einer der am Mord an Felix Fechenbach Beteiligten. Das Ergebnisprotokoll liegt vor, ein handschriftlicher Nachtrag fasst das Ergebnis zusammen: „Die Garnison soll mindestens verdoppelt werden. Erweiterung des Kasernements, nicht eine Verbesserung.“²

Die Besprechung war streng vertraulich, wie mehrfach betont wurde.

Am 8. Mai, also drei Tage später, schrieb der Architekt Köster aus Detmold das Wehrkreisverwaltungsamt VI an: „Wie wir erfahren haben, besteht für das kommende Jahr die Absicht, dass hier in Detmold noch eine Kaserne gebaut werden soll. Wir möchten Ihnen zu diesem Zwecke unsere Dienste als Architekten anbieten.“³

Einleitung

Beschäftigt man sich mit der militärischen Vergangenheit Detmolds, ergeben sich zwei grundlegende Fragen:

Zum einen: Warum sind kleinere Städte so stark daran interessiert, mit einer Garnison belegt zu werden? Bis heute hält sich der Glaube, dass militärische Belegung Wohlstand mit sich bringe, der Abzug des Militärs aber zum Ruin führe. Prof. Sicken, Militärhistoriker in Münster, hat in einer Untersuchung kühl angemerkt, dass im 19. Jahrhundert bei den von ihm untersuchten Kommunen „durchweg eine Ansatz zur Kosten-Nutzen-Analyse“ fehle und „kurzerhand ein positiver Saldo“ unterstellt wurde.⁴ Daran hat sich in der Zeit von Reichswehr und Wehrmacht nichts geändert und es muss also offen bleiben, ob militärische Belegung wirklich Wohlstand bedeutete und ob die eingesetzten Ressourcen nicht vielleicht auch anders und auch besser hätten eingesetzt werden können.

Zum andern: Wie kommt es, dass eine so starke militärische Präsenz wie in Detmold mit insgesamt sechs Kasernen nach dem Krieg so schnell vergessen wurde? In insgesamt fünf stadtgeschichtlichen Projekten mit Vorträgen, Ausstellungen und Sammelbänden kommt das Militär als eigenes Thema nicht vor, so, als hätte

¹ Überarbeiteter Text eines am 25. November 2013 in Detmold gehaltenen Vortrags.

² Stadtarchiv Detmold (im Folgenden: StADT) D 106 Detmold Nr. 6548. Zur Überlieferung von Heeresakten in Detmold s. Andreas Ruppert: Heeresbauamtsakten im Stadtarchiv Detmold. In: Lippische Mitteilungen 70 (2001), S. 367-371.

³ StADT D 106 Detmold Nr. 6548.

⁴ Bernhard Sicken: Landstreitkräfte in Deutschland 1815-1914. Beobachtungen zur Struktur und zu den militärisch-zivilen Beziehungen. In: Ders. (Hg.): Stadt und Militär 1815-1914. Wirtschaftliche Impulse, infrastrukturelle Beziehungen, sicherheitspolitische Aspekte. Paderborn 1998, S. 105-151, hier S. 139.

es das nie gegeben. Gerade das Verdrängte oder Verschüttete und zuletzt Vergessene reizt aber den Historiker, der ja nicht selbstgestrickte Geschichtsbilder zu bestätigen hat, sondern Unabgegoltene noch einmal zur Sprache bringen will – von verfehlten Straßennamen (wie der Hindenburgstraße in Hiddesen) über verfehlte Ehrungen (wie dem Gedenkstein für den ehemaligen Bezirksleiter der NSDAP Dr. Manfred Fuhrmann in Hiddesen) bis zu vergessenen Kasernen.

Preußisches Heer und Reichswehr in Detmold

Das Fürstentum Lippe hatte sein Militär 1869 an Preußen abgetreten. Das lippische Bataillon wurde dem Infanterieregiment No. 55 (6. Westfälisches) integriert, lippische Landeskinder hatten das Recht, bevorzugt in diesem Regiment zu dienen und der regierende Fürst war Chef des Regiments. Wichtig war, dass der Stab des I.R. 55 in Detmold lag und damit Hof und Stadt aufwertete. Einer der Führer des Regiments war, das sei nebenbei bemerkt, Oberst Richard von Seeckt. Sein Sohn hatte das Gymnasium Leopoldinum besucht und wurde später Chef der Reichswehr: Hans von Seeckt, der die Republik nicht liebte, sich aber auch nicht zum Putsch gegen sie überreden ließ.⁵

Anfang des 20. Jahrhunderts hatte Detmold zwei Kasernen – die Kaserne I in der Leopoldstraße, die 1959 abgerissen wurde, und die Kaserne II, das Gebäude des späteren Arbeits- und Sozialgerichts. Für die drei Kompanien eines Bataillons war das etwas knapp. Jetzt zeigt sich ein Muster, das sich wiederholen wird: Heer und Stadt mussten etwas aushandeln, wobei in der Sache Einigkeit bestand, aber jeder auch versuchte, die Umsetzung für sich selbst möglichst günstig zu gestalten. Das Heer konnte nicht einfach neu bauen, denn ein solcher Etatposten hätte vom Reichstag mit einer Mehrheit von SPD und Zentrum genehmigt werden müssen. Auf das sehr komplizierte Gefüge von preußischem Heer, preußischem Kriegsminister und Abhängigkeit vom Reichstag kann hier nicht eingegangen werden. Der Trick gegenüber dem Reichstag bestand nun darin, die Stadt dazu zu bringen, die gewünschte Kaserne auf eigene Kosten mit der Zusage eines langfristigen Mietverhältnisses zu bauen. Der zwischen preußischem Heer und der Stadt Detmold geschlossene, über 25 Jahre laufende Mietvertrag musste nicht vom Reichstag genehmigt werden.⁶

Das Heer versprach aber noch mehr: eine Mehrung des symbolischen Kapitals, d. h. des Ansehens von Stadt und Hof durch die Verlegung eines weiteren Bataillons. Das hatte eine hohe Anziehungskraft, war allerdings ein Bluff – das zweite Bataillon ist nie gekommen. Auf Seiten der Stadt gab es dagegen auch einige vernünftige Überlegungen: der Bau einer Kaserne am Stadtrand verlangte eine Reihe von Infrastrukturmaßnahmen: Geländeerschließung, Straßenbau, Leitungsverlegungen für Gas, Strom, Wasser und Abwasser. Damit wäre auch das Gebiet im Umkreis der militärischen Anlage erschlossen und die Stadt konnte sich dorthin ausdehnen. Durch die möglichen neuen Anlieger wäre auch ein Teil der Kosten wieder zurück geflossen. Gebaut wurde damals die Kaserne III (bekannt auch als Bülowkaserne, nach dem Ehrennamen des Infanterie-Regiments 55 „Graf Bülow von Dennewitz“, oder Emilienkaserne, nach der Emilienstraße). Dass von der Stadt mit Paul Schuster ein Architekt nur für Planung und Bau dieser Kaserne eingestellt wurde, hat sich gelohnt: Architektonisch gesehen handelt es sich um eine gelungene, bis heute überzeugende Anlage.⁷

⁵ S. dazu Alexander Hellfaier: Generaloberst von Seeckt - Schulzeugnisse und Briefe in Detmold, in: Lippische Mitteilungen Bd. 53 (1984), S. 97-112.

⁶ Der Mietvertrag vom 29. August 1900 mit Beginn zum 1. Oktober 1904 in StADT D 106 Detmold A Nr. 2679.

⁷ S. Lothar Wormuth: Paul Schuster (1866-1932) Architekt und Stadtbaumeister in Detmold, in: Eckart Bergmann u. Jochen Güntzel (Hg.): Baumeister und Architekten in Lippe. Bielefeld 1997, S. 233-242.

Die große Krise kam in der Nachkriegszeit. Der Versailler Vertrag gestand Deutschland nur ein Heer von 100.000 Mann zu. Das hieß, dass zahlreiche Standorte aufgegeben werden mussten. Dazu sollte auch Detmold gehören. Das Lamento war, wie in solchen Fällen bis heute üblich, groß:

- die Stadt fürchtete den vermuteten ökonomischen Verlust;
- die Landesregierung beklagte den Verlust an Prestige, und das um so mehr, als das kleinere Schaumburg-Lippe seine Garnison Bückeburg behalten durfte;
- die Lippische Landes-Zeitung beklagte zuletzt die „erhebliche künstlerische Einbuße“, wenn die Militärmusik aus der Stadt verschwinde.⁸

Die Kasernenanlagen sinnvoll zivil zu nutzen, wie es das Lippische Landespräsidium mit Heinrich Drake angesichts der nach dem Krieg bestehenden Wohnungsnot gerne getan hätte, war nicht möglich, denn die Reichswehr war gar nicht bereit, sie aufzugeben – der Blick war schon auf eine spätere mögliche Aufstockung der Truppe gerichtet. Dem Landespräsidium ist es dann doch gelungen, die Garnison zu behalten. Im Januar 1921 wurde Detmold zu einem Standort des Infanterie-Regiments 18 der Reichswehr. Diese neu aufgestellte Einheit hatte zwei Kampfataillone in den Standorten Bielefeld und Paderborn sowie das geteilte III. Bataillon in Bückeburg und Hameln. Detmold bekam das Ausbildungsataillon mit drei den jeweiligen Kampfataillonen zugeordneten Kompanien. Zwar gab es nun keinen Regimentsstab mehr in der Stadt, aber das war eine Parallele zum Verlust des Hofes. Das Bataillon aber blieb. Also: Drei Kompanien, drei Kasernen, dazu eine qualitativ überragende Kapelle unter Musikmeister Mietusch, dem „bekanntesten und populärsten“ Soldaten der Stadt, wie die Lippische Landes-Zeitung einmal schrieb, – alles war wieder gut.⁹

Die Ansprüche der Wehrmacht

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler begann sofort die Aufrüstung für den neuen Krieg. Die strukturellen Voraussetzungen für die rapide Vermehrung der Reichswehr waren gegeben, denn das Prinzip ihrer Ausbildung war es, die Soldaten in den zwölf Jahren ihrer Verpflichtung für jeweils höhere Leitungsfunktionen zu qualifizieren. Die Reichswehr war eine Kaderarmee, die nun über die Einführung der Wehrpflicht aufgestockt werden konnte.¹⁰

Das Problem war das Fehlen von Kasernen. Radikal wurden nun die bestehenden Standorte belegt und überbelegt und die Kommunen unter einen hohen Druck gesetzt. Die Reichswehr machte auch der Stadt Detmold frühzeitig klar, dass sie die Verlegung einer Artillerie-Abteilung beabsichtige. Das war die Situation, in der im Mai 1933 die eingangs genannte Besprechung stattfand. Die Stadt bot zuerst verschiedene Erweiterungsbauten an, vor allem das Gelände um die Kaserne III ließ dafür noch Raum, doch zuletzt blieb die Erkenntnis: Abhilfe konnte nur der Neubau einer Kaserne schaffen.

Am 3. Februar 1934 machte Bürgermeister Keller dem Standortältesten Major Meyer-Rabingen zwei Vorschläge. Der eine betraf ein Gelände an der Hornschen Straße, neben dem Gut Johannettental. Das Gelände war jedoch von vornherein nicht besonders geeignet. Die Alternative war ein Areal an der Klüter Straße, der heutigen Lemgoer Straße. Hier wies Keller auf drei Vorteile hin:

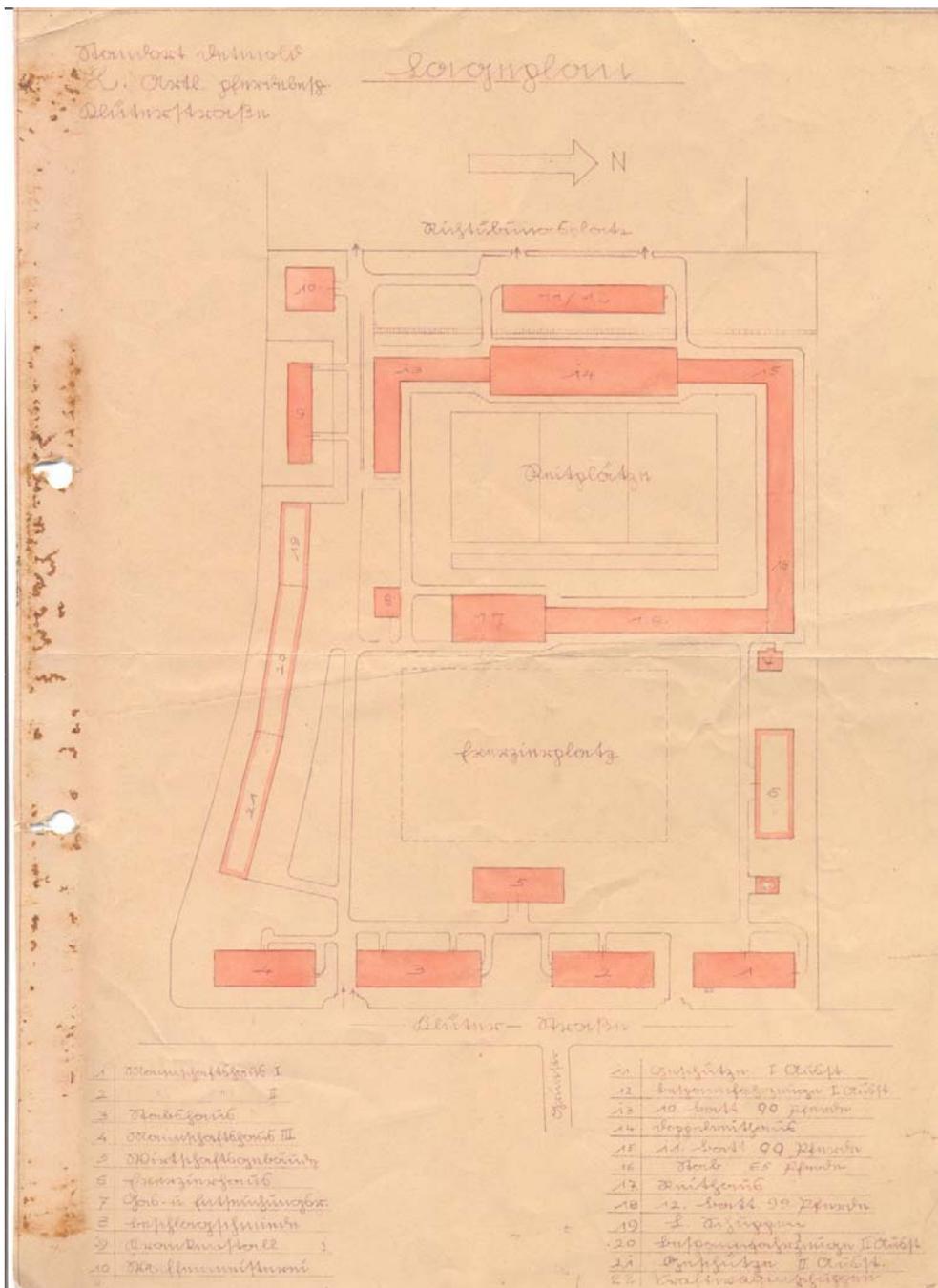
- das Grundstück sei bereits eingeebnet;

⁸ Lippische Landes-Zeitung vom 1. Februar 1920. Zu Gefährdung und Erhaltung der Garnison in Detmold s. Hansjörg-Riechert u. Andreas Ruppert: Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945. Bielefeld 2001, S. 38 ff.

⁹ Lippische Landes-Zeitung vom 18. September 1929.

¹⁰ Dazu Mundt: Das 18. Infanterie-Regiment von 1921 bis 1932. Detmold 1932.

- die Nähe des Sportplatzes an den Pinneichen, „der mit Rücksicht auf die starke Belegung jetzt erheblich vergrößert und verbessert wird“;
- die Nähe des Meierberges, „der das ganze Gelände beherrscht“.¹¹



Plan der Klüterkaserne (StADT D 106 Detmold A Nr. 5362)

Tatsächlich übte die Reichswehr auch auf Detmold einen großen Druck aus und verlegte schon vor einer vertraglichen Regelung und vor einem Baubeginn Einheiten in die Stadt. Behelfsmäßig mussten 350 Unteroffiziere und Mannschaften untergebracht werden, ebenso wurde Raum für 140 Pferde und 50 Fahrzeuge benötigt.¹² In Detmold wurden dafür leer stehende Fabrikanlagen angemietet, belegt und mit Baracken ergänzt, gleichgültig, ob sie dafür geeignet waren oder nicht. Das betraf Firmen „hinter dem Bahndamm“:

¹¹ StADT D 106 Detmold Nr. 6548.

¹² Schreiben des Wehrkreisverwaltungsamtes an Bürgermeister Keller vom 18. Juni 1934; dazu eine Vorschlagsliste der Stadt vom 11. Juli 1934, beides StADT D 106 Detmold A Nr. 2680.

Künnemeyer und Tiemann in der Arminstraße, Gössling in der Freyastraße und Strobel in der Orbker Straße, aber auch Klingenberg in der Hornschen Straße oder Lauer mann in der Bandelstraße sowie die Tischlerfachs chule am Alexanderplatz. Die bestehenden Exerzierplätze und Schießstände wurden ausgebaut: Königsberg, Johannettental und im Hiddeser Bent. Auch das Lazarett in der Hornschen Straße reichte längst nicht mehr aus. Genau genommen reichte nichts mehr aus.

Um das vorwegzunehmen: Auch der Neubau der Klüterkaserne konnte im Übrigen nur kurzfristig Abhilfe schaffte. Die Baracken blieben belegt, das alte Arbeitsamt in der Werrestraße wurde ebenfalls zur Kaserne umfunktioniert, das Gut Johannettental wurde belegt, Luftwaffenkaserne und neues Lazarett wurden gebaut – und alle Einrichtungen wurden von wechselnden Einheiten intensiv genutzt. Die Wehrmacht war unersättlich und alles musste schnell gehen.

Die Klüterkaserne

In den Quellen wird von der „Artilleriekaserne“ gesprochen, bekannt ist sie aber als Klüterkaserne geworden. Sie liegt an der damaligen Klüter Straße, die zur Lemgoer Straße wurde, nachdem die ebenfalls neue Luftwaffenkaserne den alten Weg nach Lemgo verspernte. Sie liegt auf dem Ödland der ehemaligen Jerxer Heide, die aber, wie sich beim Bau herausstellte, einen wichtigen Ort der Detmolder Geschichte aufwies: Hier stand der Galgen.

Die Wehrmacht wusste, wie interessiert jede Kommune an Belegung war. Sie reizte das aus und machte das mit einer gewissen erpresserischen Energie so, wie man das bis heute kennt: Durch den Hinweis darauf, dass andere Kommunen in Detmolds Nachbarschaft (!) froh wären und viel bessere Angebote vorgelegt hätten als Detmold, und dass es sachlich keine Notwendigkeit gebe, Artillerie nach Detmold zu verlegen.¹³

Die Forderungen der Wehrmacht waren klar und hart:

- das Gelände sollte kostenlos zur Verfügung gestellt werden;
- eine Zufahrtstraße sollte angelegt werden;
- die Versorgungsleitungen waren ebenfalls Sache der Stadt – wenn auch die Wehrmacht bereit war, die Anliegergebühren zu zahlen.

Die Stadt hatte für ihr eigenes Entgegenkommen die gleichen Motive wie am Anfang des Jahrhunderts beim Bau der Kaserne III:

- ein Gewinn an symbolischem Kapital
- zumindest erhofften ökonomischen Gewinn durch Aufträge beim Bau – immerhin betrug das Bauvolumen 3 Mill. RM;
- Gewinne durch den Konsum der Soldaten
- stadtplanerisch die Erschließung von Baugelände.¹⁴

Die Stadt gestand zuletzt alles zu, die einzelnen Vertragsentwürfe vom 24. Januar 1934 bis zur endgültigen Fassung vom 10. März 1935 liegen vor. Nun wusste die Stadt aber gleichzeitig, dass sie die Realisierung dieser Forderungen nicht finanzieren konnte. Das war von vornherein ausgeschlossen. Um die Deckungslücke zu überspielen, verhandelte sie mit der Wehrmacht über einen Verkauf der Kaserne III, worauf diese auch einging. Der Verkauf wurde Teil des Vertrags.¹⁵

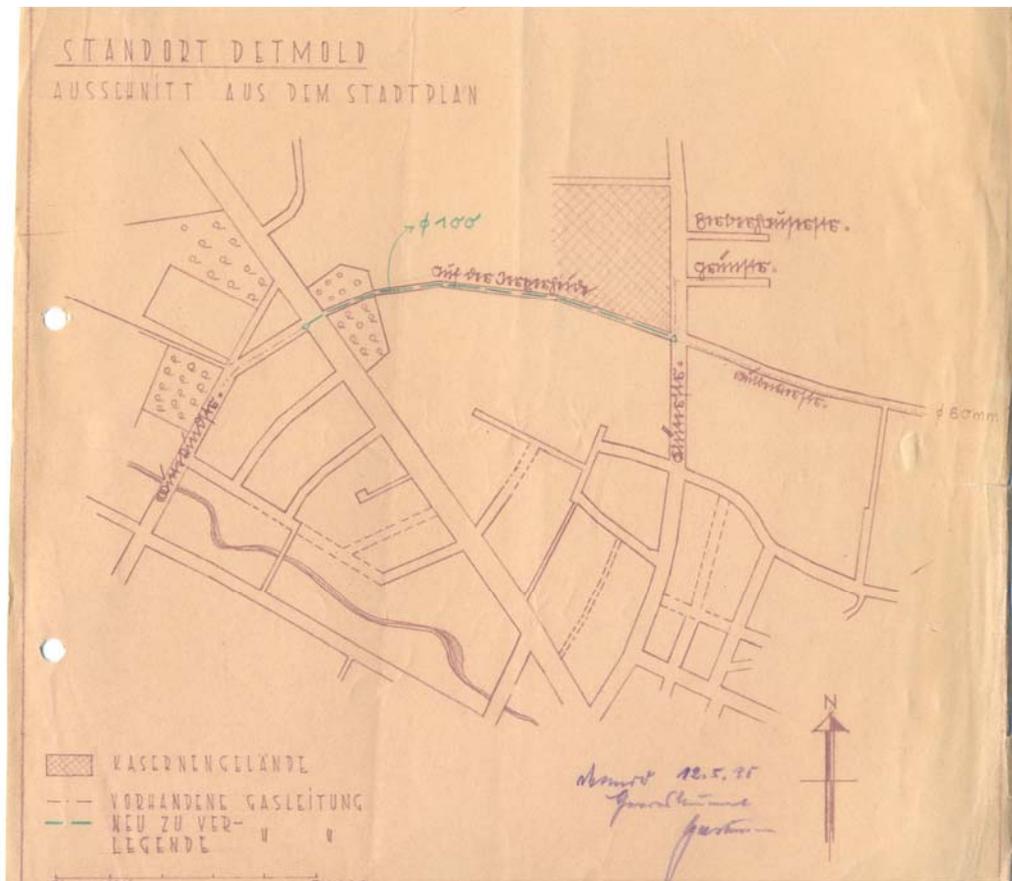
¹³ Darauf verwies Bürgermeister Keller in seinem Schreiben an die Lippische Landesregierung vom 14. April 1936, StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

¹⁴ Die Forderungen der Wehrmacht und die Hoffnungen der Stadt u. a. im Schreiben der Stadt an den Landrat des Kreises Detmold vom 29. September 1934, StADT D 106 Detmold A Nr. 6548.

¹⁵ Der endgültige Vertrag vom 10. März 1935 in StADT D 106 Detmold A Nr. 2680.

Die eigenen Ansprüche der Stadt waren ebenfalls darin festgehalten:

- ein Entschädigungsanspruch bei einer Standortauflösung in den nächsten 20 Jahren;
- der schon erwähnte Verkauf der Kaserne III für 200.000 RM;
- Darüber hinaus stellt die Stadt Bedingungen zum Nutzen der einheimischen Handwerker und Betriebe: eine Verpflichtung zur Vergabe der Bauaufträge an ansässige Unternehmen, wenn deren Voranschläge nicht mehr als drei Prozent über dem günstigsten Angebot liegen.



Lage der Klüterkaserne im Norden der Stadt Detmold
(StADT D 106 Detmold A Nr. 5362)

Auch sollten Arbeitskräfte „möglichst aus der Stadt Detmold und ihrer nächsten Umgebung“ beschäftigt werden. Ebenso sollten die Baumaterialien aus der Region genommen werden, „soweit Mehrkosten dadurch nicht entstehen.“ Das waren Zusagen, die der Heeresverwaltung nicht weh taten und ihr genug Spielraum ließen, sie zu umgehen. Bei den Erweiterungsmaßnahmen an der Kaserne III wurde noch ein weiteres Auswahlkriterium eingeführt, das bei der Klüterkaserne allerdings nicht ausdrücklich genannt wurde, aber als gegeben angenommen werden darf, dass nämlich „solche Unternehmer, die sich um die nationalsozialistische Bewegung verdient gemacht haben, bei gleichem Angebot bevorzugt berücksichtigt werden.“¹⁶

Baubeginn war schon am 1. Oktober 1934 gewesen; die ersten Gebäude waren im Sommer 1935 bezugsfertig. Im Herbst 1935 wurde dann die III. Abteilung des Artillerie-Regiments Nr. 6 hierher verlegt. Die Lippische Landes-Zeitung berichtete am 16. Oktober 1935 ganz offen darüber, während ein Jahr zuvor solche Berichte noch untersagt waren. Die Abteilung blieb bis zum Oktober 1938 in Detmold, danach

¹⁶ Forderung des Stadtrats vom 11. Juni 1934, hier den Ausbau der Kaserne III betreffend, StADT Nr. 6548.

wurde die Anlage für wechselnde Belegung genutzt, meist für Ersatz- und Ergänzungsgruppen der im Kampfeinsatz befindlichen Truppenteile. Eine eher zufällig erhaltene Filmsequenz macht das anschaulich.¹⁷

Willkommen in der neuen Garnison!

Die 3. Abtlg. des Art. Regt. 6 Münster zieht ein

Begrüßung vor dem Bahnhof - Das neue Quartier in Detmold wird bezogen

Detmold, 15. Oktober.

Sie kommen ...

Kurz nach 8 Uhr auf dem Güterbahnhof. Nur wenig Leben herrscht zu dieser Morgenstunde auf der großen Zufahrtsstraße. Einspännige Kollwagen fahren ein, hin zur Rampe, laden Stück- und Frachtgüter, um dann wieder nach Detmold hineinzufahren. Prustend und rauchend verläßt eben ein Personenzug den gegenüberliegenden Bahnhof. Vom Kronenplatz her hört man das Kreischen und Quielen von Ferkeln. Viehhändler sind mit ihren Fuhrwerken eingetroffen und bieten ihre Ware feil.

Pflichtlich kommt ein ganzer Trupp Jungens, 10 bis 12 Jahre alt, mit ziemlich viel Särm aus der Paulinenstraße gelaufen, hinauf nach dem Güterbahnhof, um sich dort hinter das Geländer zu stellen. Da, kurz vor 1/9 Uhr, rollt ein langer Güterzug, dem drei Personenwagen angehängt sind, auf dem Bahnhof ein. Weit legen sich die Jungen über das Strahengeländer, ganz gespannte Aufmerksamkeit — wie wohl die Entladung der Soldaten vor sich gehen würde. Einige Offiziere und Mannschaften entsteigen den Personenwagen. Dann ist wieder Schluß. Bei den Güterwagen kann man wohl durch die halb aufstehenden Türen ein Pferd sehen; sonst aber nichts. „Doch, mehr kommen nicht?“ fragt enttäuscht ein 8jähriger Knirps. „Na, klar, die anderen sind doch in den Güterwagen“, antwortet im tiefsten Bruston der Ueberzeugung ein etwas Älterer. Und doch mühten die Jungen erst einmal eine kleine Gebuldsprobe bestehen. Erst muß noch ein Personenzug den Bahnhof verlassen, dann setzt sich auch wieder der „Soldatenzug“ in Bewegung. Er wird an die Abfahrtsrampe rangiert, und endlich kommen die Jungens auf ihre Kosten. Pferd auf Pferd verläßt die Güterwagen; auch mehrere Geschütze sind dabei. Jetzt sind sie da! Mit mehr oder weniger Sachkenntnis unterziehen die Jungen das Pferdematerial einer eingehenden Prüfung, bis dann endlich auch einige Geschütze kommen. Die Pferde sind vergessen. Es werden jetzt Vermutungen aufgestellt, was sich wohl mit einem solchen Geschütz alles anfangen ließe.

Als Pferde und Mannschaften entladen sind, erschallen einige kurze Kommandos. Das Trompeterkorps setzt sich an die Spitze, voran der Kesselpauker, und — die 3. Abteilung des Artillerie-Regiments 6 Münster zieht unter klingendem Spiel in Detmold ein.

Feierlicher Begrüßungsakt

Der ganze Kronenplatz ist jetzt schwarz von Menschen. Aus allen Häusern kommen sie geströmt, alle Fenster sind weit geöffnet und fröhlich werden die einziehenden Soldaten begrüßt. Auch vor dem Bahnhof haben sich sehr viele Volksgenossen eingefunden, so daß die Polizeibeamten alle Mühe haben, um einen reibungslosen Durchgangsverkehr zu gewährleisten. Vor dem Bahnhof selbst hat schon das gesamte Offizierskorps Aufstellung genommen. Sämtliche Behörden haben Vertreter entsandt. Von der Landesregierung ist stellvertretender Staatsminister Kreisleiter Wedderwille erschienen.

Im großen Bogen schwenkt die 3. Abteilung des

Artillerie-Regiments 6 Münster ein. Batterieführer Hauptmann Ohnesorge erstattet dem Standortältesten Meldung. Oberst von Oden begrüßt die Mannschaften und ergreift das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache: „Als Standortältester begrüße

zwischen der Bevölkerung und den Soldaten auf das seit ungefähr einem Jahr in Detmold weilende Artillerie-Bataillon und dem Ergänzungsbataillon übertragen.“ Er, so schloß der Standortälteste, zweifle nicht daran, daß sich dieses Verhältnis zwischen den



Oben: Der Standortälteste Oberst von Oden heißt die 3. Abteilung des Artillerie-Regiments in der neuen Garnison willkommen. Unten: Das Trompeterkorps.

ich die 3. Abteilung des Artillerie-Regiments 6 und heiße Sie in Ihrer neuen Garnison herzlich willkommen. Schon seit Jahrzehnten ist die wunderschöne Stadt Lippe-Detmold Garnison, und schon seit Jahrzehnten herrscht dasselbe herzliche Einverständnis zwischen den Soldaten und der Bevölkerung. Es ist dasselbe herzliche Verhältnis, das es vor und während des Krieges zwischen dem alten ruhmreichen Regiment 55 gegeben hat. Auch hat sich das gute Einverständnis

heute neu einziehenden Soldaten und der Bevölkerung ebenfalls bilden werde.

Bürgermeister Keller erinnerte an das altbekannte Soldatenlied „Lippe-Detmold, eine wunderschöne Stadt, darinnen ein Soldat“. Ein Soldat sei es ja nun gerade nicht nur, der in Detmold weile, sondern eine ganze Anzahl. Er ging noch einmal auf die Bedeutung der Stadt Detmold und des Landes ein und betonte besonders, daß von hier aus die großen

Bericht der Lippischen Landes-Zeitung vom 16. Oktober 1935.

¹⁷ In Filmen der Fa. Sinalco, die dem Filmarchiv Lippe überlassen worden waren, fand sich eine mehr als sechs Minuten dauernde private Sequenz mit Aufnahmen vom Gelände der Klüterkaserne, die damals von einer Ergänzungseinheit belegt war. Eine digitalisierte Kopie verwahrt das StADT, DT Medien Nr. 34.

Damit wäre die Realität von Kasernenbau und -belegung abgehandelt, nicht aber die Erfüllung der Vertragsbedingungen. Denn trotz des Verkaufs der Kaserne III blieb die Stadt noch überfordert und hätte die zugesagten Leistungen nur über eine hohe Verschuldung erbringen können. Parallel zu Bau und Belegung lief also ein ganz anderes Ringen ab. Mit dem Vertragsabschluss war die Stadt, wie erwartet, in die Klemme geraten. Denn ob sie die Leistungen bringen konnte oder nicht, änderte erst einmal nichts an dem alten Rechtsgrundsatz des *pacta sunt servanda*. Die Krise, in die Detmold nun geriet, war selbstverschuldet.

Sie bestand darin, dass die Kommunalaufsicht – Kreis Detmold, Landesregierung – die notwendige Kreditaufnahme nicht genehmigten. Die Landesregierung wurde dem Bürgermeister gegenüber am 9. Januar 1936 sehr deutlich: „Trotzdem sind von der Stadt Leistungen im Werte von mehr als 900.000 RM, das sind rund 50 RM auf den Kopf der Bevölkerung, übernommen worden. Gegen eine solche Bewirtschaftung des städtischen Vermögens tragen wir nach Größe und Finanzlage der Stadt die ernstesten Bedenken, zumal noch berücksichtigt werden muss, dass auch in den letzten Jahren bereits erhebliche Aufwendungen für den Reichswehrrfiskus gemacht wurden.“¹⁸

Da halfen alle Beteuerungen des Bürgermeisters Keller nicht; am 14. April 1936 versuchte er, sich gegenüber der Landesregierung zu rechtfertigen: „Ich bemerke, dass im Zusammenhang mit der Vergrößerung der Garnison Bauaufträge in Höhe von mehreren Millionen Mark an Detmolder Unternehmer erteilt worden sind ... Dass durch die erhebliche Verstärkung der Detmolder Garnison eine wesentliche Steigerung des Umsatzes verschiedenster Zweige des Detmolder Geschäftslebens sich ergeben dürfte, liegt auf der Hand. Ich denke vor allem an das Gaststättengewerbe ... Ich stelle anheim, gegebenenfalls eine vertrauliche Auskunft des Finanzamtes hierüber einzuholen.“

Gleichzeitig legte Keller eine Aufstellung der Kosten vor, wobei besonders die Steigerung für den Straßenbau gegenüber einer früheren Aufstellung ins Auge fällt:

„Artilleriekaserne:

- Grundstücke: 297.000 RM;
- Straßenbau Lagesche Straße – Kaserne: 108.000 RM;
- Kanal: 31.000 RM;
- Leitungen für Gas und Wasser: 30.000 RM;
- Zahlreiche Ausgaben für Flugplatz und Erweiterungen von Übungs- und Schießplätzen.“¹⁹

Gescheitert ist die Stadt tatsächlich an den Kosten für den Straßenbau und den Kanalbau bzw. für eine Pumpenstation, die unerschwinglich schienen. Die Straße war die Verbindung zwischen Lagescher Straße und Klüter Straße, die nun nach einem am 9. November 1923 beim „Marsch auf die Feldherrnhalle“ 1923 erschossenen Hitleranhänger als Carl-Laforce-Straße benannt wurde.²⁰

Die Stadt bekam aber auch deshalb keinen Kredit, weil hier höhere Interessen im Spiel waren. Dessen war sich Bürgermeister Keller offensichtlich nicht bewusst. Alle finanziellen Ressourcen des Reiches sollten direkt für die Wehrmacht eingesetzt werden und nicht über den Umweg kommunaler Förderung der Truppe. Das Opfer, das von den Kommunen verlangt wurde, bestand gerade darin, keine Kredite mehr

¹⁸ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

¹⁹ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

²⁰ Die Straße wurde nach dem Kriegsende in Georgstraße umbenannt. Dies fiel um so leichter, als außer der Kaserne noch keine Bebauung vorlag und sich kein Anlieger, wie später üblich, mit Hinweis auf die Kosten verweigerte. Auch hatte damals niemand die absurde Vorstellung, mit der Umbenennung einer nach einem Nationalsozialisten benannten Straße solle Geschichte „ungeschehen“ gemacht werden.

aufzunehmen. Detmold hätte mit seinem Alleingang diese Struktur grundsätzlich gestört.²¹ Jetzt war die Frage, wie die Stadt aus der Klemme wieder herauskommen könne. Die Wehrmacht bot an, selbst einen Kredit zur Verfügung zu stellen, mit einer Verzinsung von 4 Prozent. Auch damit wäre das vom Reichsfinanzminister und Reichskriegsminister vorgesehene Verfahren unterlaufen worden, sodass es auch dafür keine Zustimmung gab. Das Verbot einer Kreditaufnahme galt grundsätzlich und hing nicht vom möglichen Kreditgeber ab.²²

Am Ende kam es dazu, dass die Stadt resignierte und praktisch Bankrott anmeldete. Die Wehrmacht, die den Kasernenbau längst durchgeführt und die Kaserne belegt hatte, konnte gar nicht mehr zurück. Und genau darauf hatte die Stadt spekuliert. Es blieb der Wehrmacht nun nichts anderes übrig, als den Ausbau der Straße und der sonstigen Infrastruktur selbst zu finanzieren, wenn auch unter der Bedingung, dass alle späteren Anliegerbeiträge auch von ihr kassiert werden sollen. Ihre Vertreter erkannten, dass sie reingelegt worden waren. Vertreter des Oberkommandos des Heeres beklagten sich bei einer Besprechung im Reichsinnenministerium am 20. Juli 1937 entsprechend: „Das Oberkommando bemängelte, dass diese Einwände erst nach Abschluss und Genehmigung der Verträge durch die Aufsichtsbehörde vorgebracht würden.“²³



Soldaten in der Klüterkaserne (Sammlung Heinrich Heuer).

Noch einmal versuchte das Oberkommando des Heeres in einem Schreiben an den Reichsstatthalter – Dr. Alfred Meyer, der Gauleiter des NS-Gaus Westfalen-Nord, war sowohl Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe als auch Chef der Lippischen Landesregierung – vom 4. November 1937 auf Vertragserfüllung zu bestehen; seine Vorstellung war sachlich richtig, aber nutzlos: „Es kann nicht zugelassen werden, daß das Reich selber der Stadt den Weg ebnet, sich einer Verpflichtung zu entziehen, die sie offensichtlich im Hinblick auf die aus der Mehrbelegung des Standortes zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile freiwillig auf sich genommen hat.“²⁴

²¹ Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 26. September 1936 an Bürgermeister Keller und an die Lippische Landesregierung, StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

²² Wehrkreisverwaltungsamt an die Stadt vom 12. April 1937, mit Ablehnung der Stadt im Schreiben vom 21. April 1937, StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

²³ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

²⁴ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

Auch wurde darauf abgehoben, dass die Stadt bewusst einen falschen Eindruck von ihrer finanziellen Lage erwecke; die Pro-Kopf-Verschuldung sei geringer als bei anderen Städten gleicher Größenordnung; hingewiesen wurde zuletzt auf die hohen Leistungen anderer Garnisonstädte. Nur kam dieser alte Trick diesmal zu spät. Tatsächlich ging die Stadt als Gewinner aus dem Streit hervor, da sie nicht zur Vertragserfüllung gezwungen werden, die Wehrmacht aber das Gelände auch nicht aufgeben konnte. Ich zitiere aus einem Schreiben des Reichsfinanzministers an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern vom 20. Mai 1938: „Ich bedauere außerordentlich, dass die Stadt Detmold ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen nicht einzuhalten braucht, zumal der fragliche Straßenausbau sich im Rahmen derjenigen finanziellen Leistungen hält, die den Gemeinden ... bei der Errichtung von Garnisonen zugemutet werden können. Nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen ist aber keine Möglichkeit – etwa im Klagewege – gegeben, von der Stadt die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu erzwingen.“²⁵

Das Schreiben wurde am 18. Juni 1938 an den Reichsstatthalter und von dort an die Stadt weitergeleitet Die Stadt stimmte jetzt natürlich allem zu. Einen Monat später, am 25. August 1938, bestätigte sie dem Reichsstatthalter noch einmal, dass sie die Unterhaltung der Straße übernehme und die Anliegerbeiträge an das Heer abgebe; für den Bau des Pumpenhauses sei nun keine Kreditaufnahme mehr nötig, da dies – plötzlich! – aus eigenen Mitteln bezahlt werden könne. Damit wäre auch die Richtigkeit der Einschätzung des Oberkommandos des Heeres bestätigt worden – um so unverschämter klingt allerdings der folgende Satz: „Im Interesse eines baldigen Ausbaues der genannten Straße bitte ich, das Oberkommando des Heeres unter Hinweis auf das besagte Schreiben des Herrn Reichsministers der Finanzen anzuregen, den Ausbau der Karl-Laforcestraße [sic] baldmöglichst zu beschließen.“²⁶

Mit anderen Worten:

- die Stadt machte dem Vertragspartner unhaltbare Versprechungen;
- nach Baubeginn leistete sie einen Offenbarungseid und zwang damit den Vertragspartner, den Bau selbst zu finanzieren;
- zum Schluss aber stellte sie noch Forderungen an ihn.

Damit war die Wehrmacht über den Tisch gezogen, denn die Stadt hatte bewusst einen Vertrag abgeschlossen, dessen Bedingungen sie nicht einhalten konnte, und sie hatte gleichzeitig darauf spekuliert, dass es für ihren Vertragspartner angesichts des Baufortschritts kein Zurück geben würde. Das Procedere ist bis heute beliebt. Nachdem das kleine Detmold mehrere Reichsministerien und das Oberkommando des Heeres in dieser Angelegenheit beschäftigt hatte, konnte es sich durchsetzen, die Details waren dann Verhandlungssache mit der Heeresverwaltung vor Ort.

Die Geschichte der Klüterkaserne ist damit noch nicht zu Ende. Es gibt noch einen lapidaren Abgesang. In einem städtischen Vermerk heißt es am 19. November 1942: „Diese Angelegenheit muss bis Kriegsende zurückgestellt werden, da zur Zeit geeignete Schritte nicht in die Wege geleitet werden können. Auch ist der Ausbau der Carl-Laforcestraße einstweilen nicht möglich. Die weiteren Verhandlungen mit dem Reichsfiskus (Heer) müssen nach Kriegsende fortgesetzt werden.“²⁷ Noch kürzer ist „nach dem Kriegsende“ die Verfügung des von den Amerikanern eingesetzten Bürgermeisters Hoffmann vom 2. November 1945: „Die Verhandlungen können wegen Auflösung der Wehrmacht nicht fortgeführt werden. Die Angelegenheit in dieser Form hat sich daher erledigt.“²⁸

²⁵ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

²⁶ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

²⁷ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

²⁸ StADT D 106 Detmold A Nr. 6435.

Gewinne

Ein kritischer Blick muss zuletzt auf die Erwartungshaltung des Bürgermeisters Keller geworfen werden und führt auch zu einer der beiden eingangs genannten Fragestellungen zurück. Natürlich gab es Aufträge für Detmolder Firmen und Handwerker, sie lassen sich aus den Akten des Heeresbauamtes rekonstruieren. Es sind aber fast immer kleinere Aufträge, die an Detmolder Firmen hängen blieben. Aufträge von größerem Ausmaß haben die Detmolder Handwerker überfordert. Sie wurden nach außerhalb vergeben, auch nach außerhalb Lippes: Steinmetzarbeiten wurden etwa von Firmen aus dem Ruhrgebiet ausgeführt, für größere Elektroarbeiten zum Beispiel die Fa. Siemens-Schuckert aus Bielefeld herangezogen.²⁹ Auch das Material kam nicht aus lippischer Produktion, etwa aus Leopoldstal, mit dessen Stein der Reichstag in Berlin gebaut worden war.³⁰ Aber auch bei kleineren Aufträgen zogen Detmolder Handwerker zuweilen den Kürzeren, so wurden Zimmereiarbeiten für den Bau eines Gerätelagers neben der Klüterkaserne an eine Duisburger Firma vergeben, die trotz des weiten Anfahrtsweges deutlich günstiger kalkuliert hatte.³¹ Detmolds Handwerker gingen nicht leer aus, aber von den Millionenaufträgen, die Keller als Argument für das finanzielle Engagement seiner Stadt eingebracht hatte, ist nicht viel in die Stadt geflossen.

Gleichzeitig gab es aber gerade an der Klüterkaserne viele Klagen über die Arbeitsbedingungen. Zwar musste Tariflohn bezahlt werden – die entsprechenden Zusicherungen der einzelnen Betriebe liegen vor³² – aber das von der Wehrmacht verlangte Tempo war so brutal, dass selbst die regimetreue Deutsche Arbeitsfront regelmäßig protestieren musste. Das war Ausbeutung, ohne dass es die Wehrmacht sonderlich interessierte.³³

Die Nachkriegszeit

Nach der Kapitulation ging „die Angelegenheit“, wie Hoffmann sie genannt hatte, weiter, denn der Vertrag vom 10. März 1935 hatte ja die Rückgabe bzw. Entschädigung für den Fall vorgesehen, dass die Garnison in weniger als 20 Jahren wieder aufgegeben würde. Darauf bestand die Stadt nun. Jedoch war jetzt die Rechnung ohne den Bundesfinanzminister gemacht, der selbst wiederum keinen Spielraum besaß. Denn „höhere Interessen“ des Bundes verhinderten die Rückgabe. Diesmal zog die Stadt den Kürzeren.

In den ersten Jahren wurde eine Regelung noch mit der Begründung abgelehnt, dass noch kein Bundesgesetz vorliege. Dies kam mit dem Reichsvermögensgesetz vom 16. Mai 1961, das einerseits eine Verpflichtung zur Rückgabe von dem Reich unentgeltlich überlassenen Grundstücken vorsah, dies aber für den Fall ablehnte, dass der Bund selbst einen unmittelbaren und nicht vorübergehenden Eigenbedarf geltend machte.³⁴ Es waren aber keine eigenen Interessen der Bundesvermögensverwaltung, sondern die der britischen Besatzungsmacht, die längst Fakten geschaffen hatte. Die Klüterkaserne blieb Kaserne und wurde

²⁹ Auflistung der vom Heeresbauamt herangezogenen Betriebe in der Akte StADT Nr. 5449 (undatiert, 1935).

³⁰ Vgl. bei späteren Heeresaufträgen die Klage der Fa. Oberkirchener Sandstein über eine Bevorzugung der Ruhsandsteinindustrie im Schreiben an das Heeresbauamt Detmold vom 6. Januar 1937, StADT D 106 Detmold A Nr. 5344.

³¹ Vgl. die Klage der Kreishandwerkerschaft Lippe vom 31. März 1938 gegenüber dem Heeresbauamt, StADT D 106 Detmold A Nr. 4521.

³² StADT D 106 Detmold A Nr. 5362.

³³ Vgl. das Schreiben der Kreisverwaltung Lippe der DAF an die NS-Kreisleitung vom 29. April 1935, Landesarchiv NRW Abt. OWL L 113 Nr. 432.

³⁴ StADT D 106 Detmold A Nr. 6437 und 6547.

von der britischen Armee genutzt. Ihre Panzer haben die Anwohner jahrzehntlang behelligt.³⁵ Im Laufe der Jahre hat man sich arrangiert, aber besonders herzlich waren die deutsch-britischen Beziehungen auf Detmolder Ebene auch deswegen nie. Die wäre eine mögliche Antwort auf die zweite der eingangs gestellten Fragen.

Als die britische Armee die Klüterkaserne 1993 aufgab, stellte sich das Problem ihrer Konversion. Militärische Gebäude sind nicht ohne weiteres zivil zu nutzen, Gemeinschaftsunterkünfte in Wohnungen zu konvertieren funktioniert nur mit hohen Kosten. Aber der Abzug aus der Klüterkaserne erfolgte zu einem historisch günstigen Moment: die Stadt benötigte Wohnraum für Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Und so entstand auf dem Gelände der alten Klüterkaserne ein russlanddeutsches Zentrum: mit Wohnungen, Gesamtschule und Gymnasium, und einem Museum. Ein anderer Teil des Geländes wird vom Bauhof der Stadtverwaltung genutzt. Die ehemalige Struktur des Kasernengeländes ist aber noch deutlich zu erkennen.

³⁵ Dies spiegelt sich in der Überlieferung des langjährigen Ortsvorstehers von Jerxen-Orbke, Gerd Röttgen, StADT DT V 1 (SPD-Ortsverein Jerxen-Orbke) und DT N 6 (Nachlass Röttgen betr. die Tätigkeiten als Ortsvorsteher von Jerxen-Orbke und als stellv. Bürgermeister der Stadt Detmold).

Die „Bettlerrazzia“ in Lippe im September 1933

von Wolfgang Bender

Gegen ortsfremde Bettler und Landstreicher wurde in Lippe spätestens mit der Policei=Ordnung des Jahres 1620 (zumindest auf dem Papier) verschärft vorgegangen.¹ In dieser Tradition der Bekämpfung der „Bettlerplage“, sozialer Randgruppen und subproletarischer Bevölkerungsteile durch die Obrigkeit steht auch die Bettlerrazzia des Jahres 1933 in Lippe.² Aufgrund der Weltwirtschaftskrise stieg seit 1929 die Zahl der Menschen, die als wohnungslose Bettler und als heimatlose Wanderer ihr Leben auf der Landstraße auf dem Weg von einer Wanderarbeitstätte zur nächsten Herberge zu Heimat fristeten, zu einem hunderttausende Köpfe zählenden Massenphänomen kontinuierlich an.³

Schon bald nach der Machtergreifung gingen die Nationalsozialisten auch in Lippe mit Gewalt gegen politische Gegner, Gewerkschaften und deutsche Juden vor. Eine sozial randständige Verfolgtengruppe, deren Angehörige zu Tausenden seit 1933 in die deutschen Konzentrationslager und im Kriege auch mitunter in die Vernichtungslager des Ostens eingeliefert wurden, waren die sogenannten Asozialen, auch „Gemeinschaftsfremde“ genannt, die mit ihrer freiwillig oder unfreiwillig gewählten Lebensweise außerhalb der „Volksgemeinschaft“ standen. Unter diese Menschen wurden v.a. - aber nicht nur - nichtsesshafte männliche Bettler und Landstreicher subsumiert, die es entweder durch Umerziehung in Arbeitshäusern und Lagern der „Volksgemeinschaft“ wieder zuzuführen galt, oder die aus fadenscheinigen und pseudowissenschaftlichen „rassenhygienischen“ Gründen („großzügige“ und „rechtsschöpferische“ Auslegung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 durch die Diagnose und Verurteilung „moralischer Schwachsinn“) als „Ballastexistenzen“ und Träger „minderwertigen Erbgutes“ zu sterilisieren waren.⁴ In den Konzentrationslagern waren sie die Parias in der Gefangenenhierarchie, gekennzeichnet als „Asoziale“ mit dem schwarzen Winkel als Erkennungszeichen und auch nach dem Kriege blickten andere Verfolgtengruppe mitunter auf diese herab. Auf eine meist nur symbolische Härtefallentschädigung für ihre Leiden mussten sie – im Gegensatz zu den meisten politisch, religiös und rassistisch Verfolgten, bis in die 1990er Jahre warten, als die übergroße Mehrheit von ihnen bereits verstorben war!

Auftakt und erster Höhepunkt zur Verfolgung der „Asozialen“ war die generalstabsmäßig geplante reichsweite Bettlerrazzia, mit der das Regime, dem „gesunden Volksempfinden“ folgend, Stärke und Durchsetzungsvermögen bei der „Beseitigung“ des sozialen Problems der „Bettlerplage“ demonstrieren wollte. Die Razzia diente zudem auch der Abschreckung anderer subproletarischer Bevölkerungskreise, die in das mit allen Mitteln zu bekämpfende „Bettelunwesen“ abzugleiten drohten.⁵ Zudem sah man in der Partei sowie im Reichsinnen- und im neuerrichteten Propagandaministerium, dem eigentlichen Initiator der

¹ Titel XXIV der Polizeiordnung von 1620: „Von Hausarmen, fremden und anderen Betlern“, in: Landes-Verordnungen der Graffschaft Lippe, Erster Bd., Lemgo 1779, S. 377ff.

² In der regionalgeschichtlichen Forschung blieb sie bisher unbeachtet. So auch in der grundlegenden Arbeit von Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987.

³ In Lippe gab es nur die 1885 errichtete Herberge zur Heimat in Detmold, die noch heute mit einem wesentlich breitgefächerten Angebot existiert, sowie kurzzeitig die 1933 fundierte Herberge in Barntrup.

⁴ So beispielhaft der aus Castrop-Rauxel stammende, vormalige Bergmann und vielfach v.a. wg. Bettelns, Landstreicherei und Diebstahls vorbestrafte Georg Pauly, der auf Beschluss der Erbgesundheitsgerichts Bielefeld aus dem Jahre 1937 wegen „angeborenen Schwachsinn“ als Anstaltsinsasse des Provinzialarbeitshauses Benninghausen (s.u.) 1938 im benachbarten Lippstadt unfruchtbar gemacht wurde. LAV NRW Abt. OWL D 23 C Nr. 593.

⁵ Zum Vorgenannten und Folgenden grundlegend mit weiteren Literaturhinweisen: Wolfgang Ayaß, Wohnungslose im Nationalsozialismus. Begleitheft zur Wanderausstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosen e.V., Bielefeld 2007.

Aktion, in den Bettlern und Landstreichern eine unliebsame Konkurrenz für das künftige Spendenaufkommen des neu errichteten Winterhilfswerkes.⁶

Mit Schreiben vom 14. September 1933 wies der lippische Landespolizeidirektor Polizeihauptmann Karl Pffor sämtliche Bürgermeister in ihrer Eigenschaft als Ortspolizeibehörde an, in der Zeit vom 18.-22. September „nach bettelnden Personen zu fahnden“ und „sich mit den betreffenden Stellen der SA, SS oder des Stahlhelms zwecks Stellung der geeigneten Hilfskräfte in Verbindung zu setzen ...!“⁷ Die lippische Polizei, unterstützt durch Hilfspolizisten aus Reihen der SA, SS und des Stahlhelms, wirkte bei der Aktion im September 1933 tatkräftig mit; ebenso die Richter der lippischen Amtsgerichte sowie die Bezirksfürsorgeverbände und die freien Wohlfahrtsträger, die Bettler und Landstreicher melden sollten.

„Rechtsgrundlage“ der polizeilichen und strafrechtlichen Verfolgung, war § 361 des Strafgesetzbuches aus dem Jahre 1871. Mit bis zu sechswöchiger Haft wurde bestraft „wer als Landstreicher umherzieht“ (Abs. 3) und „wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder ausschickt...“ (Abs. 4). Nur wenige der in Lippe verhafteten und anschließend vor den Amtsgerichten verurteilten Bettler und Landstreicher kamen nach Verbüßung einer meist nur mehrtägigen bis zweiwöchigen Haftstrafe, aufgrund des § 362 Strafgesetzbuch direkt zur gefürchteten „korrekzionellen Nachhaft“ für bis zu zwei Jahre und gegen Kostenerstattung durch den lippischen Freistaat in die gefängnisähnlichen provinziellen Arbeitshäuser.⁸ Für Lippe und die Provinz Westfalen war dies das Landarmen- und Arbeitshaus zu Benninghausen, ein vormaliges Zisterzienserinnenkloster, das seit 1821 zu diesem Zwecke als Korrigendenanstalt vornehmlich für Bettler, Landstreicher, „Müßiggänger“, Prostituierte und Alkoholranke („Trunksüchtige“) der Unterschichten genutzt wurde, die dort unter strengster Disziplinwahrung und gegen geringsten Lohn Zwangsarbeiten verrichten mussten.⁹

Ein solcher „Täter“, besser ein solches Opfer war der wohnungs- und berufslose Invalide (armamputiert, rechts) Richard Ueckermann, gebürtig aus Ottensen (Kreis Altona).¹⁰ Der nach Ausweis des Benninghausener Aufnahmeprotokolls aus einer vielköpfigen Glasmacherfamilie stammende schwächliche, sichtlich vorgealterte, geschiedene 47 Jahre alte Familienvater wurde vom Amtsgericht II in Lemgo am 21.

⁶ Vgl. dazu z.B. LAV NRW Abt. OWL L 113 Nr. 21 Bl. 21 (Rundschreiben der NSV des Gaus Westfalen-Nord an alle Parteigliederungen und -verbände vom 27.9.1933): „Um die Durchführung des Winterhilfswerkes nicht zu gefährden und die gebefreudige Bevölkerung nicht doppelt zu belasten, ist es dringend notwendig, dem Bettelunwesen zu steuern und Maßnahmen zu ergreifen, um arbeitsscheuen und unwürdigen Elementen diese Art des oft nicht geringen Erwerbes zu nehmen.“ Elling-Ruhwinkel formuliert dazu treffend und knapp: „Die Verhaftungsaktion ging auf eine Initiative des Propagandaministeriums zurück und stand in Zusammenhang mit dem Winterhilfswerk.“ Elisabeth Elling-Ruhwinkel, Sichern und Strafen. Das Arbeitshaus Benninghausen (1871-1945), Paderborn 2005 (Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 51), S. 244.

⁷ LAV NRW Abt. OWL L 80.14 Nr. 278. Zu Pffor, der nur von 1931-1933 lipp. Landespolizeidirektor war und wegen seiner angeblichen Nähe zur Regierung Drake 1934 in seine Geburts- und Heimatstadt Frankfurt a.M. versetzt wurde, obgleich im dienstlich auch von den neuen Machthabern nichts vorzuwerfen war, vgl. Gisela Fleckenstein, Lippische Regierung Polizeiangelegenheiten und der Landespolizeidirektor/Der Führer der Landespolizei, Detmold 2002 (Veröff. der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe F, Band 11), S. 8, sowie LAV NRW Abt. OWL L 80.1 Nr. 1322.

⁸ „Bei der Verurteilung zur Haft kann zugleich erkannt werden, daß die verurteilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen sei. ... Durch die Überweisung erhält die Landespolizeibehörde die Befugnis, die verurteilte Person bis zu zwei Jahren entweder in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden.“ Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz in kurzen Erläuterungen bearbeitet von Hermann Göbel, Leipzig 1913. Eine unverhältnismäßig hohe Bestrafung für ein relativ harmloses Delikt. Bereits 1934 wurde die Haftdauer für die wiederholt Eingelieferten auf unbestimmte Zeit verlängert! Ayaß, a.a.O., S. 12.

⁹ Vgl. dazu für Benninghausen die Arbeit von Elling-Ruhwinkel, wie oben zit.. Im Zuge der Septemberrazzia kamen insgesamt „nur“ 69 Korrigenden, darunter eine Frau, aus ganz Westfalen-Lippe nach Benninghausen, ebda. S. 244 und 269. Das Arbeitshaus Benninghausen wurde als vorletztes Arbeitshaus in der Bundesrepublik im Jahre 1962 geschlossen. Das Institut des Arbeitshauses wurde erst 1969 im Zuge der großen Strafrechtsreform abgeschafft. Ebda. S. 386f. Andere Arbeitshäuser im weiteren Umkreis waren Brauweiler bei Köln, Breitenau bei Kassel (beide vormalige Klöster) und Moringen im Landkreis Northeim, das als „Jugendschutzlager“ in der NS-Zeit ebenso traurige Berühmtheit erlangte wie Breitenau, das zum „Arbeiterziehungs- und Konzentrationssammellager“ vor allem für Jugendliche in der NS-Zeit erweitert wurde.

¹⁰ Im Folgenden LAV NRW Abt. OWL L 80.14 und LWL Archiv Bestand 663 (Landarmen- und Arbeitshaus Benninghausen) Nr. 11225.

September zu einer Haftstrafe von einer Woche wegen Bettelns verurteilt, die im dortigen Amtsgerichtsgefängnis vollstreckt wurde. Er wurde nach Verbüßung der Haftstrafe am 28. September zur Mittagszeit durch die Gendarmeriestation Brake nach Benninghausen verbracht, da der Landespolizeidirektor den Bettler mit einer zusätzlichen Nachhaft von einem halben Jahr im Provinzialarbeitshaus belegt hatte. Ueckermann, der erstmalig (und letztmalig) in der Anstalt inhaftiert war, wurde nach taggenauer Verbüßung der Strafe am 28. März 1934 aus Benninghausen entlassen. Danach verlieren sich seine Spuren.¹¹

Über das Vorgehen gegen die Bettler und Vagabunden im Zuge der Bettlerrazzia im September des Jahres 1933 berichteten auch die zwischenzeitlich bereits gleichgeschalteten lippischen Tageszeitungen in ihren Lokalteilen. Die Lippische Landes-Zeitung beispielweise schrieb in ihrer Ausgabe vom Dienstag, den 19. September: „Die große Razzia, über die wir gestern berichteten, und die schon lange geplant war, wurde im ganzen Lipperland durchgeführt. In Detmold wurden etwa ein Dutzend Bettler festgenommen, während in Horn etwa die gleiche Anzahl von Bettlern festgenommen wurde. Die größte Anzahl von ihnen wurde sofort dem Schnellrichter zugeführt und abgeurteilt.“

Das NS-Parteiorgan *Lippischer Kurier* berichtete in seinen Ausgaben vom 19. und 23. September von sechs bzw. zehn Festnahmen allein in Bad Salzuflen. In einem größeren Artikel im überregionalen Teil hetzte der Kurier als Sprachrohr einer reichsweit gesteuerten Kampagne am 20. September massiv unter der Überschrift „Gebt nicht an der Haustür“ gegen „berufsmäßige“ Bettler und sonstige „minderwertige Elemente“, denn, so der Bericht: „Gedankenlose Unterstützung der Bettelei bringt schwankende Naturen auf die schiefe Ebene und macht sie zu Verbrechern.“ Ferner wurde das alt hergebrachte Klischee vom wohlhabenden, berufsmäßigen Bettler bedient. Der Artikel gipfelte in der entlarvenden Feststellung „Deutschland ist zu arm, um Arbeitsscheue, Trinker und Betrüger großzügig zu unterstützen. Wir brauchen unser Geld für die Gesunden! Für wirklich Notleidende wird die NS-Volkswohlfahrt sich einsetzen.“

Für die neuen Machthaber erwies sich die Aktion zumindest als propagandistischer Erfolg im Kampf gegen das „Bettelunwesen“. Bei insgesamt 692 Kontrollen wurden 121 Festnahmen im ländlich strukturierten Lippe vorgenommen, darunter insgesamt 15 in der Residenzstadt.¹² Die Hatz auf „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“ war auch im Kleinstaat eingeläutet worden. Nach der Bettlerrazzia vom September 1933 war die wohnungslose Lebensform nur noch in Form des „geordneten Wanderns“ geduldet. Die von der Wanderfürsorge schon vor 1933 reichsweit ausgegebenen Wanderbücher dienten dabei als Kontrollbücher und Pflichtausweise für die wohnungslos lebenden Menschen, die sich nur noch auf vorgeschriebenen Wanderrouten durch das Reich bewegen durften. Für die Betroffenen in Lippe wie im Reich lief die Bettlerrazzia vom September 1933 trotz kurzzeitiger Inhaftierung und temporärer Verbringung in die Arbeitshäuser (nur ein Bruchteil der Inhaftierten) noch vergleichsweise glimpflich ab! Denn einen weiteren traurigen und verschärften Höhepunkt erreichte die Jagd auf die noch verbliebenen, „Nichtsesshaften“ und Gemeinschaftsfremden“ im Frühjahr und Sommer 1938 unter konträr anderen wirtschaftlichen und sozialen Parametern als 1933 (Arbeitskräftemangel statt Massenelend). In einer zweiten Verfolgungsmaßnahme, der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ wurden reichsweit über 10.000 „Nichtsesshafte“ – vornehmlich Bettler, Landstreicher, Zuhälter, „säumige Nährpflichtige“ und mittellose Alkoholranke, aber auch bereits deutsche Sinti und Roma, von Kripo und Gestapo durch Vorbeuge- und Schutzhaft in die Konzentrationslager (v.a. Sachsenhausen und Buchenwald) zur Arbeit für SS-Unternehmungen verschleppt. Viele von ihnen verloren

¹¹ Sein Vater frug am 20. April 1934 in Benninghausen nach ihm. Der Anstaltsleiter beschied ihm am 23. April, dass Ueckermann zum Vater nach Ottensen zurückkehren wollte. Eine spätere, erneute Einweisung in Benninghausen ist in der Gefangenenpersonalakte Ueckermann nicht belegt und hat wohl auch nicht mehr stattgefunden.

¹² LAV NRW Abt. OWL L 80.14 Nr. 278. Das Wachbuch der staatlichen Schutzmannschaft in Detmold weist für jene Woche insgesamt zehn Festnahmen wegen Bettelei aus. LAV NRW Abt. OWL D 2 C Detmold Nr. 59. Zum Vergleich: in Hamburg und Württemberg gab es 1.400 bzw. fast 5.000 Festnahmen. Ayaß, a.a.O., S. 9. Reichsweit schätzt Elling-Ruhwinkel, a.a.O., S. 243, die Zahl der Festnahmen auf 100.000.

dabei ihr Leben.¹³ „Tendenziell wich dabei der Sicherungsgedanke dem Vernichtungsgedanken.“¹⁴ „An die Stelle der jahrhundertealten Tradition der Vertreibung von Bedürftigen trat Erfassung und Vernichtung.“¹⁵

¹³ Einer dieser „Arbeitsscheuen“ war der Detmolder Friedrich J., der 1938/39 fast 13 Monate Lagerhaft im KZ-Buchenwald erlitt, nach dem Krieg aber keine Entschädigung aufgrund des Bundesentschädigungsgesetz erhielt, weil er nicht aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt und inhaftiert worden war (sic!). Kreisarchiv Lippe K 2 BEG Nr. 74.

¹⁴ Elling-Ruhwinkel, a.a.O., S. 223.

¹⁵ Wolfgang Ayaß, „Asozial“ und „gemeinschaftsfremd“. Wohnungslose in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, in: Wohnungslos Jg. 46, Heft 3/2004, S. 87-90, hier: S. 90.

Personalien

Ad. Fumelhorn Rufus Beckermann

Alter	47 Jahre
Geburtsdatum	29. 6. 1886
Geburtsort	Ottensen bei Altona
Wohnort	o. f. M.
Letzter Aufenthaltsort	" " "
Religion	angl.
Stand u. Gewerbe	Fumelhorn
Größe	1.70 m
Statur	stark
Haare	schwarz
Stirn	gerad.
Augenbrauen	gerad.
Augen	grünlich
Nase	gerad.
Mund	stark
Zähne	stark
Kinn	stark
Gesicht	stark
Gesichtsfarbe	bleich
Bart	gerad. schwarzer
Besondere Kennzeichen	Wunden: l. Arm mit Wunde roter Arm ungenutzt.
Sprache	deutsch englisch
Staatsangehörigkeit	o. f. M.
Vermögensverhältnisse	-
Militärverhältnis	1906-1909 bei Norim
Erziehung bis zum 14. Jahre	bei Frau Altona
Schulbildung	Waltersdorf
Rückfällig	nein

Sämtliche Abbildungen aus:
LWL Archiv Bestand 663 (Landarmen- und Arbeitshaus Benninghausen) Nr. 11225.

Unterbringungen in Kranken- und Nervenanstalten	Nein
Vor- und Zuname d. Ehe	Leitzig verstorben.
Wohnort	-
Stand und Gewerbe	-
Vor- und Zuname des Vaters	Grimm Weckermann
Wohnort	zuletzt Balrenfeld 7. Altona
Stand und Gewerbe	Glasmanufaktur
Vor- und Zuname der Mutter	Auguste geb. Schuster
Wohnort	zuletzt Balrenfeld
Geschwister	
1) Grimm W. Glasmanufaktur, Altona, ?	
2) Fritz " " " "	
3) Emma " " " "	
4) Max " " " "	
5) Willi " " " "	
6) Luise geb. mit ?	"
7) Gertrud " " 2	"
8) Frieda " " 2	"

1 Kinder.
 Altona geb. 1924.

Die Hausordnung ist mir bekannt gemacht.
 Heinz von Ullmann

Gewicht bei der	
Einlieferung	Entlassung
I. kg kg
II	

Lippische Landesregierung

Abt. I.

Detmold, den 28. September 1933.
Fernsprecher 3061

Mitt.-B.: IV. IP. 3. 93
D.B.:

Bei Antwortschreiben wird um Angabe obigen Geschäftszweckes u. des Tages dieses Schreibens gebeten

Sofort!

Just. 28. 9. 33.

mtt.

Betr.: Strafsache gegen Ueckermann - E9/33-

Gegen den vom Lippischen Amtsgericht in Lengo wegen Betteln zu einer Haftstrafe von einer Woche kostenpflichtig verurteilten Richard Ueckermann z.Zt. in Haft, geb. am 29. Juni 1886 zu Ottensen, wird auf Grund des § 362 Stgb. eine Nachhaft von 6 Monaten verfügt, die er in dem Provinzialarbeits-
hause in Benninghausen zu verbüßen hat.

Ueckermann wird zur Verbüßung der Nachhaft dort abgeholt werden.

Der Strafregisterauszug ist beigelegt.

An das Amtsgericht II in L e n g o i/L.

Abschrift erhalten

PROVINZIALARBEITSHAUS
BENNINGHAUSEN
Eing. 29. SEP. 1933
No.

- a) das Provinzialarbeitshaus in Benninghausen (Westf)
- b) die Staatsanwaltschaft in Altona-Strafregister-
- c) die Gendarmerieinspektion in Detmold.

Um Überführung des Ueckermann nach Verbüßung der Strafhaft, die am 28. ds.Mts. um 12 1/2 Uhr abläuft, in das Provinzialarbeitshaus in Benninghausen (Westfalen) wird ersucht.

Rundschreiben:
V. W. P. ...

Im Auftrage
[Signature]

Altona 20/4. 1934

An das Provinzialarbeitshaus
Benninghausen

Seinerzeit befand sich bei Ihnen mein
Sohn Rudolf Heckermann. Er wurde laut
Zwang vom 1. April 1934 entlassen, wollte
dann zu uns kommen. Es geht aber
aber nicht an, da er nicht mehr
seiner Heimat zurückkehren kann. Er möchte
in den letzten drei Arbeitstagen der letzten
Wochen mitwirken zu wollen. Er möchte
nicht entlassen werden, da er nicht
fortgehen kann, wenn er jetzt
fort geht, zu uns zu kommen ist unmöglich.

Mit besten Grüßen
Heinrich Hecker

PROVINZIALARBEITSHAUS
BENNINGHAUSEN
Eing. 22 APR. 1934
No.

Herrmann Heckermann
Altona - Ottensen
Lägerstraße Nr. 14

phs.

~~Der Direktor
des Hilfsstrafgefängnisses~~

No.

Der Direktor
des Provinzialarbeitshauses

Benzinghausen, den 23. 4. 1934.

Nr.

H. Luf.

auswachen, daß ~~Dieser~~ ~~Alte~~ ~~benannt~~
Ihr Sohn bewirkt am 28. März
1934. wenn freigelassen würde.
So gab an, sich auf dort begeben
zu wollen.

J. Z. v. H.

S. 1014 C.

Ein Schloss auf Abwegen: die „BDM. Obergau-Führerinnenschule Schloss Varenholz“

von Thomas Dann

Einleitung

Ganz im Norden des Landkreises Lippe, auf dem Gebiet der Gemeinde Kalletal und zugleich dicht an der Grenze nach Niedersachsen liegt hoch über der Weser Schloss Varenholz. Seine pittoreske Lage gegenüber der Porta Westfalica begeistert manchen Besucher. Heute ist in dem Gebäude, das dem Landesverband Lippe gehört, eine Sekundarschule nebst Internat eingerichtet. Eine Besichtigung ist deshalb nicht möglich. Kaum jemand kennt die wechselvolle Vergangenheit des eindrucksvollen Weserrenaissance-Baus, dessen jüngere Geschichte – gemeint ist hier die NS-Zeit - Gegenstand des vorliegenden Beitrages sein soll. Allein der aufmerksame und sachkundige Beobachter erkennt heute noch bauliche Details an den Schlosstrakten, die an jenes unrühmliches Kapitel deutscher Geschichte erinnern.

Die ältere Geschichte des Schlosses

Schloss Varenholz ist eine unregelmäßige Vierflügelanlage im Stil der Weserrenaissance, in die ältere Bau-
trakte, so ein Wohnturm aus der Zeit vor 1323 und ein spätgotischer Flügel, integriert wurden.¹ Wohl ab 1582 ließ Graf Simon VI. zur Lippe planvoll das Geviert mit den charakteristischen Eckbastionen anlegen, um die Anlage als Nebenresidenz (Schloss Brake war Hauptresidenz) zu nutzen. Zeitlich parallel dazu entwickelte sich eine sehr ertragreiche Meierei mit Rinder- und Pferdezucht. Um 1600 entstanden schließlich zahlreiche aufwändig ausgestattete Wohnräume und Säle mit reich dekorierten manieristischen Kaminen und umfangreichem Mobiliar.

Nach dem Tod Graf Simons VI. und dessen zweiter Ehefrau Elisabeth fiel das Schloss bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in einen Dornröschenschlaf. Nur der Amtmann mit seinen Dienst- und Wohnräumen, der Gutsverwalter und mehrere landwirtschaftliche Angestellte bewohnten das Schloss. Allein um 1700 fiel noch einmal ein wenig Glanz auf die Anlage, als Graf Simon Heinrichs Witwe, Amalie, geboren Freifrau von Dohna-Vianen (1644-1700), das Schloss als Witwensitz bezog und barocke Ausstattungen und einen Garten in Auftrag gab.

Zur jüngeren Geschichte des Schlosses²

Im April 1873, kam es schließlich zum totalen Ausverkauf der Schlossausstattung.³ Es galt, das Mobiliar von ungefähr 30 Räumen im Rahmen einer Auktion mit Hunderten von Positionen zu veräußern.

Der desolate bauliche Zustand des Gebäudekomplexes führte dazu, dass der bereits seit 1890 als Landeskonservator tätige lippische Kammerbaumeister und spätere Domänenbaurat Bernhard Meyer 1906 ein

¹ Zur älteren Geschichte des Schlosses siehe: Thomas M. Dann: Schloss Varenholz (Lippische Kulturlandschaften) Heft 24, Detmold 2014 (im Folgenden: Dann 2014), S. 1-12; Susanne Schröder: Schloß Varenholz und die Weserrenaissance. Eine bau- und kunstgeschichtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Baudekoration (Magisterarbeit im Fach Kunstwissenschaft an der Universität Gesamthochschule Kassel), Kassel 1995; Ulrike Schütte: Schloß Varenholz. Untersuchungen zur Baugeschichte und Typologie (Magisterarbeit im Fach Kunstgeschichte der Philipps-Universität Marburg), Marburg 1995.

² Zur jüngeren Geschichte von Schloss Varenholz siehe: Dann 2014, S. 12-17.

³ Landesarchiv NRW Abteilung Ostwestfalen (im Folgenden: LAV NRW OWL), L 92 P Nr. 228.

Gutachten zu einer „kunst- und sachgemäßen Instandsetzung“ des Schlosses vorlegte, das jedoch weitgehend folgenlos blieb.⁴

Im November 1914 wurde in einem Vertrag zwischen dem VII. Armeekorps in Münster und der Landesstelle des Roten Kreuzes in Detmold unter Zustimmung des Sanitätsamtes geregelt, im Schloss Varenholz ein Genesungsheim für Kriegsinvalide mit 20 Betten einzurichten, das jedoch im darauf folgenden Jahr wieder geschlossen wurde.⁵ Ab Mitte der 1920er Jahre befand sich im Schloss ein „Wanderheim“ der Detmolder „Jungenschaft Hackethau“ des „Altwandervogels“.⁶ Der Wandervogel ist eine 1896 gegründete Bewegung – vor allem von Schülern und Studenten der bürgerlichen Gesellschaftsschicht –, die sich durch Ideen der Romantik angeregt und losgelöst von schulischen und gesellschaftlichen Einflüssen, in der freien Natur eine eigenständige Lebensart entwickelte.

Domänenbaurat Meyers Nachfolger im Amt seit 1925, Karl Vollpracht, setzte sich sehr dafür ein, für die erhaltenswerten historischen Bauwerke Lippe finanzstarke Pächter bzw. Käufer zu finden.⁷ Besonders lagen ihm die lippischen Burgen und Schlösser – und hier vor allem Schloss Varenholz am Herzen. So suchte der Landeskonservator Städte des Ruhrgebietes – zu nennen wären hier Düsseldorf, Duisburg oder Essen –, für eine Nutzung des Schlosses als Landschulheim zu gewinnen, womit er jedoch scheiterte, da Varenholz für ihre „wanderlustige Jugend zu weit entfernt lag“. Ebenfalls wurde daran gedacht, ein Altersheim im Schloss einzurichten in Gestalt von 30 Dreizimmerwohnungen.⁸ Auch Gespräche mit dem Jugendherbergswerk brachten keine Lösung. Vollpracht nutzte seine vielfältigen Kontakte, um beim Siemenskonzern ebenso wie bei bedeutenden Vertretern der Großindustrie wie dem Medienunternehmer, Zeitungsverleger und deutsch-nationalen Politiker Alfred Hugenberg, der im Extertal wohnte, auf das Schloss aufmerksam zu machen, jedoch ohne Erfolg.

Der Landwirt und NSDAP-Abgeordnete im Reichstag und ab 1933 Landespräsident und Staatsminister in Lippe mit Sitz in Detmold Hans-Joachim Riecke hatte 1933 vergeblich versucht, das Schloss im Sinne einer Umnutzung NS-Dienststellen anzubieten, so der Gauleitung und dem Reichsführer SS.⁹ Schließlich nahm Riecke das Heft selbst in die Hand und organisierte den teilweisen Ausbau. Gespräche mit dem „Bund deutscher Mädel“, dem weiblichen Zweig der Hitlerjugend, verliefen erfolgreich. Eine „BdM.-Führerinnen-schule für den Obergau Westfalen“ sollte entstehen. Die konstruktiven Bauarbeiten (Eisenbetondecken einziehen, neuer Wandputz außen und Austausch schadhafter Werkstein) wurden mit einem Reichsdarlehen gemäß § 18 der „Verordnung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ („Reinhardt-Programm“) finanziert.¹⁰ Für die Schlösser Brake, Sternberg und Varenholz stand eine Summe von insgesamt 58.700 Reichsmark zur Verfügung.

⁴LAV NRW OWL L 100 Nr. 419.

⁵LAV NRW OWL L 103 Nr. 560.

⁶Für den Hinweis danke ich Dr. Heinrich Stiewe, Blomberg-Wellentrup.

⁷LAV NRW OWL L 104 Nr. 10, siehe hierzu: Heinrich Stiewe: Der letzte lippische Landeskonservator. Zum 50. Todestag von Karl Vollpracht, in: Denkmalpflege in Westfalen 14, 2008, S. 4-11, hier: S. 7-8.

⁸LAV NRW OWL L 75 III Abt. 5 Nr. 34.

⁹LAV NRW OWL L 76 Nr. 172.

¹⁰ Das „Reinhardt-Programm“, benannt nach dem Staatssekretär im Reichsministerium Fritz Reinhardt, ermöglichte es dem Reichsfinanzminister, kurzfristige Kredite zur Arbeitsbeschaffung aufzunehmen. Zu den zahlreichen nationalsozialistischen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung gehörte neben dem Gesetz über die Errichtung des Unternehmens Reichsautobahnen vom 27. Juni 1933 auch das Gebäudeinstandsetzungsgesetz vom 21. September desselben Jahres.



Abb. 1: Blick in den Schlosshof, Ansichtskarte aus den 1930er Jahren (Privatbesitz).

Die Instandsetzung der Räume übernahm die Lippische Landesregierung als Eigentümerin. Die Einrichtung sollte durch Spenden, insbesondere Sachspenden erfolgen. Der Gaukommissar und stellvertretende Leiter des Detmolder Arbeitsamtes Walter Steinecke wurde mit der Organisation der Einrichtung betraut. Am 28. Oktober 1933 erschien in der *Lippischen Staatszeitung* ein von Steinecke unterzeichneter Aufruf zu Spenden für die Schlossausstattung:

„In der Führerschule der NSDAP in Varenholz, im alten Schloss Varenholz entstehen aus verfallenen Räumen neue Säle und Gemächer. Im ersten Monat des neuen Jahres finden im Schloss Varenholz die ersten Führerkurse der NSDAP statt. Wie bitten zur würdigen Einrichtung der Schule um Spenden a) von Büchern, Mappen, alten Ansichten und Bildern. b) von altem Zinngerät, altem Hausrat, alten Beleuchtungskörpern (auch reparaturbedürftige Gegenstände). Spenden und Benachrichtigung durch Postkarten an das Arbeitsamt Detmold an meine Adresse. Die Spenden werden abgeholt. Heil Hitler. W. Steinecke, Gaukommissar.“

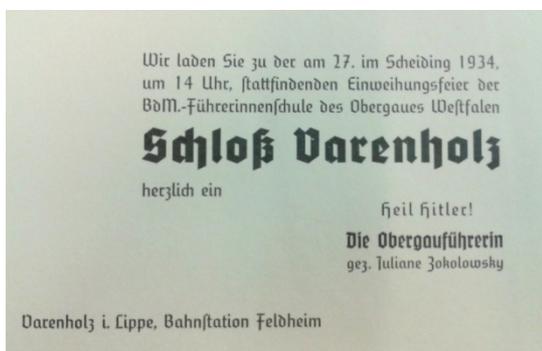


Abb. 2: Einladungskarte zur Eröffnung der „Obergau-Führerinnenschule“ am 27. September („Scheidung“) 1934 (LAV NRW OWL).

Die Resonanz war groß. Zudem wurden auch offizielle Ausstattungsaufträge vergeben: So lieferte der Lemgoer Tischlermeister Ernst Wilmesmeier 50 Betten und Spinde für die Mädchenzimmer.¹¹

1934 überließ das Land Lippe das Varenholzer Schloss dem BDM gegen eine jährliche Entschädigung von 10 Mark, und im September desselben Jahr kam es zur Einweihung der „Obergauführerinnenschule Schloss Varenholz“. Bis 1938 sollten 60 Schülerinnen gleichzeitig die Einrichtung besuchen. Drei Fünftel des Schlosses wurden von der Schule eingenommen. Ziel war es, die Zahl der Schülerinnen auf das Doppelte zu

¹¹LAV NRW OWL L 76 Nr. 172.

erhöhen, was jedoch zu räumlichen Problemen führte. Begründet wurde die Erweiterung damit, dass „Schloss Varenholz in der Mädelarbeit Westfalens zu einem festen, schönen Begriff geworden“ sei (Untergauführerin Käthe Schoneweg, 1938)¹². Für den weiteren Ausbau sollte der Domänenpächter seine Wohnung im Schloss räumen.

Der Bund Deutscher Mädel – Organisation und Aufgaben

Der Bund Deutscher Mädel (BdM oder BDM) war im Nationalsozialismus der weibliche Zweig der Hitlerjugend, der alle Mädchen zwischen 10 und 18 Jahren, einschließlich des „Jungmädelbundes“ der 10 bis 14-Jährigen umfasste.¹³ Ab 1936 galt eine gesetzlich geregelte Pflichtmitgliedschaft im BdM (Gesetz über die Hitlerjugend), was zu einer Mitgliederstärke von 4,5 Mio. im Jahr 1944 führte. Der BdM war seinerzeit zahlenmäßig die größte weibliche Jugendorganisation der Welt. In den 1920er Jahren entstanden erste sogenannte „Mädchenschaften“, die auch als „Schwesternschaften der Hitlerjugend“ bezeichnet wurden und 1930 zum Bund deutscher Mädel zusammengefasst wurden. 1931 kam es unter der Bundesführerin Elisabeth Greiff-Walden zur Eingliederung des BdM in die Hitlerjugend. Zeitlich entstanden die ersten Ortsgruppen. Unter Reichsjugendführer Baldur von Schirach wurden konkurrierende Jugendgruppen (z.B. jene der katholischen Jugendarbeit) gleich geschaltet. Im März 1934 wurde Trude Mohr (1902-1989) als „Reichsreferentin“ mit der Führung des BdM beauftragt, blieb aber der Reichsjugendführung unterstellt.

Wesentliches Ziel der BdM-Erziehung war eine Verbindung aus körperlicher und hauswirtschaftlicher Befähigung im Verein mit eugenischen Aufgaben zur Erhaltung der Volksgemeinschaft. In Analogie zu den Jungen waren im Sommer für die Mädchen im BdM Ausflüge und Wanderungen in der Natur vorgesehen, aber auch Märchen- und Theateraufführungen, Volkstanz und Flötenmusik und allerlei Sportprogramm. In den Wintermonaten wurden in den BdM-Heimen Handarbeits- und Bastelabende organisiert.

Zur standardisierten, uniformierten Bekleidung des BdM-Mädchens gehörten ein dunkelblauer Rock, eine weiße Bluse und ein schwarzes Halstuch mit Lederknoten.

Grundsätzlich sollte im BdM – ähnlich wie in der Hitlerjugend – Jugend durch Jugend angeleitet werden, jedoch sorgte die nachgeordnete Position der Frau gegenüber dem Mann im NS-Regime dafür, dass BdM-Führerinnen eine nicht vergleichbare starke Position in der Organisation besaßen. Die BdM-Führerinnen waren unterhalb der Gau-Ebene den HJ-Führern gleichgestellt, in den höheren Ebenen waren sie den männlichen untergeordnet.

Anlässlich von sogenannte „Heimatabenden“ fand die Schulung der Mädchen statt. Prägendes Organ war die Schrift „Mädelschaft“ mit dem Untertitel „Blätter für Heimatgestaltung im Bund Deutscher Mädel“. Zugleich dienten den BdM-Führerinnen auf Gau-Ebene herausgegebene sogenannte „Führerinnenblätter“ zur Weiterbildung.

Zu einer „Mädelschaft“ gehörten zehn bis 15 Mädchen, zu einer „Mädelschar“ drei „Mädelschaften“, zu einer „Mädelgruppe“ drei „Mädelscharen“ und zu einem „Mädelring“ vier „Mädelgruppen“ (ca. 360-540 Mädchen). Ein „Untergau“ umfasste fünf „Mädelringe“, ein „Obergau“ etwa 25 „Untergaue“. Der „Gauverband“ (225.000-337.500 Mädchen) kam auf etwa fünf Obergaue.

¹² LAV NRW OWL L 76 Nr. 172.

¹³ Zum Bund Deutscher Mädel siehe: Birgit Jürgens: Zur Geschichte des BDM (Bund Deutscher Mädel) von 1923 bis 1939 (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, Bd. 593), Frankfurt am Main u. a. 1996.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 kamen Mitglieder des BdM als Luftschutz- und Landhelferinnen zum Einsatz. Im Zusammenhang mit dem Polenfeldzug erhielten BdM-Mitglieder im Rahmen ihres Pflichtjahres oder als Freiwillige die Aufgabe, neu angesiedelte „volksdeutsche Bauern“ aus anderen Teilen Polens beim Führen des Haushaltes, bei Sprachproblemen oder bei der Kindererziehung zu helfen.

Schulungskurse im Schloss Varenholz

Aus dem Jahr 1934 haben sich insgesamt drei Lehrpläne zu Schulungskursen für BdM-Gruppenführerinnen in der „Obergau-Führerinnenschule Schloß Varenholz a. d. Weser“ erhalten.¹⁴ Grundsätzlich umfasste der Aufenthalt im Schloss 21 Tage. Der Tagesablauf war streng gegliedert in ein Vormittags-, Nachmittags- und Abendprogramm. Nach dem Wecken um 7 Uhr und dem Frühsport um 7.30 Uhr traf man sich um 8 Uhr zum Frühstück. Um 9.30 Uhr waren häusliche Aufgaben zu erfüllen und um 10.30 fanden eine Arbeitsbesprechung und ein Vortrag (Abb. 4 und 5) statt. Nach dem Mittagessen um 13.00 Uhr und einer Ruhezeit stand ab 15.00 Uhr ein Vortrag, Ausflug oder sportliche Aktivität auf dem Plan. Nach dem Abendessen um 19 Uhr gab es erneut Vorträge, Bastelprogramm oder einen Heimatabend bis um 22 Nachtruhe angesagt wurde.

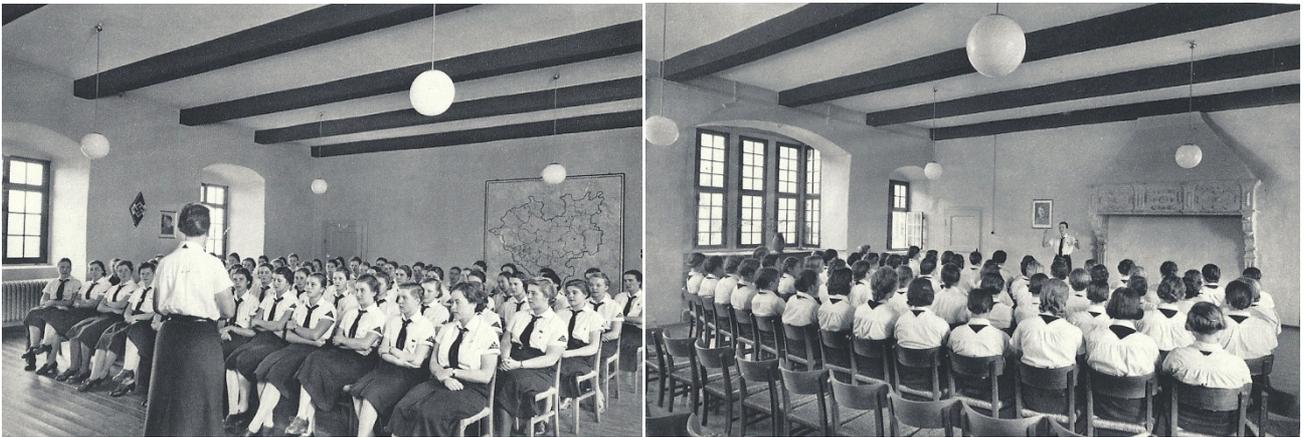


Abb. 3 und 4: Blick in einen Unterrichtsraum, Ansichtskarten aus den 1930er Jahren (Privatbesitz).



Abb. 5: Blick in einen Lese- und Aufenthaltsraum, Ansichtskarte aus den 1930er Jahren (Privatbesitz).

¹⁴LAV NRW OWL L 113 Nr. 45.

Die Vormittagsreferate waren grundsätzlich ideologisch-politisch-rassistisch ausgerichtet und dienten dazu, die BdM-Führerinnen auf ihre zukünftige Leitungsaufgabe vorzubereiten. Die Themen lauteten „Grundlagen des Nationalsozialismus“, „Jugend und Staat“, „Germanische Frühgeschichte“, „Blut, Boden, Bauerntum“, „Unser Führer Adolf Hitler“, „Kameradschaft und Führertum“, „Die kulturellen Aufgaben des B.d.M.“, „Die nationalsozialistische Frau als Mutter“, „Heimat und Volkstum“, „Grenz- und Ausland – Deutschtum“ und „Jugend und Staat“. Das Nachmittagsprogramm diente vor allem der sportlichen Ertüchtigung und der handwerklichen Einübung von Werkarbeit und Bastelprogramm. Zum Sportprogramm gehörten Wanderungen in der näheren und weiteren Umgebung des Schlosses, Volkstanz, Geländespiel mit Zeltbau, Schnitzeljagd und Tummelspiele. Alle drei vier Tage gab es nachmittags auch Vorträge zu Themen wie „Westfälische Heimatkunde“, „Die germanische Frau“, „Elternhaus und Schule“ und „Fest- und Fei-er-gestaltung“. Während des dreiwöchigen Aufenthaltes fand eine große Sanitätsübung statt. Das Abendprogramm bestand aus Lieder- und Heimatabenden, Laienspiel und Buchbesprechungen.

Die Referenten der Schule

Für die zahlreichen ideologisch-politisch-rassistisch ausgerichteten Vorträge wurden NS- Funktionsträger oder zumindest einschlägige Nationalsozialisten (Partei- und SS-Mitglieder) mit Spezialkenntnissen aus nah und fern eingeladen.

Über „Germanische Frühgeschichte“ berichtete Prof. Dr. Julius Andree (1889-1942), seit 1932 Parteimitglied. Er lehrte „Rassische Vorgeschichte“ an der Universität Halle und war tätig für das „Amt Rosenberg“ des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg und für Heinrich Himmlers „Ahnenerbe“. In diesem Zusammenhang war er an den 1935 durchgeführten Ausgrabungen an den Externsteinen beteiligt.

Gerhard Bommel war 1933 bis 1936 Landesrat bei der Verwaltung des Reichsprovinzialverbandes der Provinz Westfalen, im Anschluss bis 1943 im Reichsministerium des Inneren. Sein höchster Dienstgrad war SS-Brigadeführer. Er behandelte in Varenholz die Rassenkunde des Nationalsozialismus.

Landesjugendreferent Leopold Bubenzer (1897-1945), seit 1933 Landesjugendreferent im Provinzialverband Westfalen und enger Vertrauter von Karl-Friedrich Kolbow, sprach über die Jugendorganisationen (HJ und BDM) und über die Grundlagen des Nationalsozialismus.

Karl-Friedrich Kolbow (1899-1945) war zwischen 1933 und 1944 Landeshauptmann der Provinz Westfalen. Er war in seinem eigentlichen Verantwortungsbereich zuständig für die Anpassung der Jugendhilfe, der Fürsorgeerziehung und der Psychiatrie im Bereich des Provinzialverbandes der Provinz Westfalen an die nationalsozialistischen Rassegrundsätze. In Varenholz sprach er über Adolf Hitler.

Dr. Alfred Meyer (1891-1945), nationalsozialistischer Funktionär und von 1930 bis 1945 Gauleiter des Gaus Westfalen-Nord und von 1933 bis 1945 Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe. Mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion wurde er Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. Er referierte über „Jugend und Staat“.

HJ-Gebietsführer Gustav Adolf Langanke (1912-1941) sprach über „Kameradschaft und Führertum“.

Hans-Joachim Ernst Riecke (1899-1986) war NSDAP-Abgeordneter im nationalsozialistischen Reichstag, 1933 Reichskommissar von Schaumburg-Lippe und zwischen 1933 und 1936 Landespräsident bzw. Staats-

minister Lippes. Sein höchster Dienstgrad war SS-Gruppenführer. Er referierte über das Thema „Blut, Boden, Bauertum“.

Adolf Wagner (1890-1944), war ab 1930 Gauleiter von München, ab 1933 bayerischer Minister. Sein höchster Dienstgrad war SA-Obergruppenführer. Sein Vortrag behandelte die deutsche Geschichte aus der Sicht des Nationalsozialismus.

BDM-Obergauführerin Juliane Zokolowsky, zuständig für die Organisation der Schule, berichtete über die „Kulturellen Aufgaben des BDM“.

Gebäudetyp und Ausstattung der Schule

„Obergau-Führerinnenschulen“ gab es zahlreiche im deutschen Reich. Grundsätzlich lassen sich drei bevorzugte Gebäudetypen zur Unterbringung nachweisen. So sind es historische Burg- und Schlossanlagen (z.B. Villa Berg in Stuttgart und Schloss Neuenburg bei Naumburg/Saale), großzügige, ehemalige bürgerliche Villen - vor allem aus der Zeit um 1900 - (z.B. in Hannover und Lesum bei Bremen) und übrige Gebäude, wie z.B. ein ehemaliges Amtshaus (Grebenstein bei Kassel). Für die Auswahl der Schulgebäude standen wohl in erster Linie der Platzbedarf für die Schülerinnen und eine gewisse repräsentative Wirkung der Anlage im Vordergrund. Moderne, funktionelle und daher vielleicht sogar kasernenartige Anlagen schienen weniger geeignet. Jedoch war auch der martialische Ausdruck einer Burganlage – wie z.B. in Varenholz vorhanden - keine zwingende Voraussetzung, aber auch kein Ausschlussgrund für eine Immobilie im BDM-Sinn. Die bei Paderborn liegende trutzige und wehrhaft wirkende Wewelsburg, eine ehemalige Sommerresidenz der Fürstbischöfe von Paderborn, erbaut im Weserrenaissance-Stil, schien aber in Gegensatz dazu für die Einrichtung einer SS-Führerschule ganz im Sinne Heinrich Himmlers gewesen zu sein.

Eine überlieferte, aber wahrscheinlich nicht vollständige Ansichtskartenserie mit dem Titel „BDM. Obergauführerinnenschule Schloss Varenholz-Lippe“ aus der Zeit um 1935, die wohl vor Ort von den BDM-Schülerinnen erworben werden konnte, hat sich erhalten. Die Karten zeigen eine Außenansicht, zwei Fotografien des Schlosshofes mit Hakenkreuzfahnen und zahlreiche Räume der Schule im Schloss, wie Unterrichts-, Aufenthalts- und Speiseräume.¹⁵

Charakteristisch für die Mehrzahl der Räume ist eine Verbindung aus dem historischen Charakter des Gebäudes betonenden Antiquitäten und zeitgemäßer, funktionaler Möblierung. So handelte es sich bei den historischen Kastenmöbeln um Einzelstücke – zumeist ein Möbel pro Raum - wie z.B. eine bemalte Truhe oder ein offenes Barock-Büffet (Kannenstock). Diese als „Solitäre“ zu bezeichnenden Möbel hatten die Aufgabe, die in den historischen Räumen bereits durch bauliche Gegebenheiten (Balkendecke, Holzfußboden, Kamin, Wandnischen etc.) hervorgerufene „historische Atmosphäre“ zu verstärken.

Die zeitgenössischen Möbel entsprechen dem von Joachim Petsch benannten „rustikalen Einrichtungsstil“.¹⁶ Er fand grundsätzlich Verwendung bei der Einrichtung halböffentlicher Räume wie Aufenthaltsräumen von Kasernen und Jugendherbergen, konnte aber auch in privaten Wohnräumen verwendet werden. Charakteristisch sind bäuerliche bzw. ländliche Formen und dazu passende Materialien.

¹⁵ Die Ansichtskartenserie befindet sich in einem bedruckten, weinroten Umschlag und stammt aus Privatbesitz. Regelmäßig tauchen jedoch einzelne Karten aus der Serie im einschlägigen Handel bzw. im Internet (ebay) auf.

¹⁶ Joachim Petsch: Eigenheim und gute Stube. Zur Geschichte des bürgerlichen Wohnens, Köln 1990, (im Folgenden: Petsch 1990), S. 192.

Zudem finden sich auch Beispiele für den von Petsch so bezeichneten „sachlichen Einrichtungsstil“ mit schlichten klaren Formen für ein einfaches Volksdesign.¹⁷ Typische sind helle Hölzer (z.B. „deutsche Eiche“) und der Verzicht auf Dekorationen wie Schnitzereien oder Intarsienarbeiten. Zugleich lassen sich aber auch Möbel aus dunklen Hölzern (Nussbaum?) mit eher eleganter, gediegener Anmutung ausmachen (Abb. 5).



Abb. 6-8: Speisesaal, Ansichtskarte aus den 1930er Jahren (Privatbesitz); Stuhllehne u. Tisch mit lippischer Rose (Fotos: Th. Dann).

Erwähnt sollte auch das Motiv der lippischen Rose auf den Kreuzsprossen der Rücklehnen eines umfangreichen Stuhlsatzes und eines Tisches (Abb. 6-8) für einen Speisesaal der „BDM-Führerinnenschule“. Hier wurde bewusst ein regionaler und somit zusätzlich Identität stiftender Bezug zum Standort des Schlosses hergestellt. Dasselbe Motiv findet sich bereits an den erhaltenen manieristischen Kaminen der Zeit um 1600 in den Schlossräumen, hier jedoch in herrschaftslegitimierender Absicht angebracht.



Abb. 9: Blick in einen Kleingruppenarbeitsraum, Ansichtskarte aus den 1930er Jahren (Privatbesitz).

Ergänzt wurde die Ausstattung durch historistische – neobarocke – Leuchter, die die historische Raumwirkung unterstreichen, aber auch sehr schlichte, funktionale und kugelförmige Leuchten der zeitgenössischen Produktion, die sich ebenso in Treppenhäusern und Laboren der Zeit finden konnten. Wichtig

¹⁷ Petsch 1990, S. 189-192.

innendekorative Akzente setzen damals moderne, handgewebte Wandteppiche mit christlichen Sprüchen (z.B. „HIER IS WAS DRÖG UN NAT/ GOT'T SEGEN UNS DAT“), die teils mit pseudogermanischen Runenzeichen assoziiert waren, so z.B. im Speisesaal (Abb. 6) und in einem Kleingruppenarbeitsraum (Abb. 9). Nicht fehlen durfte natürlich das obligate „Führerbild“, das offensichtlich in jedem der Unterrichtsräume hing. Hinzu kamen zeittypische kleinteilige Blumendarstellungen.

Ende

Wie lange die Schule letztlich als Einrichtung existierte, ist nicht genau bekannt. Eine 1939 abgestempelte und von einer Schülerin verfasste Postkarte aus der oben angesprochenen Karten-Serie unterstützt die Annahme, dass bis Anfang der 1940er Jahre Unterrichtsbetrieb stattfand. Wie oben bereits ausgeführt, wurden mit Beginn des Zweiten Weltkrieges die BDM-Mitglieder als Luftschutz- und Landhelferinnen eingesetzt, so dass kaum noch Bedarf an Fortbildungen, wie sie in Varenholz angeboten wurden, vorhanden war.

Geblichen ist von der kurzen Episode der „Obergau-Führerinnenschule Schloss Varenholz“ wenig. Neben den im Archivjargon als „Flachware“ bezeichneten Postkarten und dem Archivmaterial sind es einige wenige bauliche Veränderungen, wie z.B. die Türen der Schlossflügel zum Hof hin, mehrere Möbelstücke und vereinzelte schmiedeeiserne Gitter im Inneren.

Ansprache am 9. November 2013 in Detmold¹

von Andreas Ruppert

Vor 50 Jahren begann in Frankfurt der Auschwitzprozess. Die Frankfurter Zeitungen berichteten täglich. Wer sie las, erhielt ein deutliches Bild der Angeklagten: sadistische Folterknechte, Monster, schlimmer als wilde Tiere. Meine Schule lag nahe am Verhandlungsort. Wir haben die Frankfurter Zeitungen gelesen. Wir haben die Aufzeichnungen des letzten Auschwitz-Kommandanten durchgearbeitet. Zuletzt haben wir eine Verhandlung des Prozesses besucht. Das Ergebnis für mich: ein Schock und eine Frage.

Der Schock: Dort saßen keine Monster, sondern ganz normale ältere Herren. Ihr Anblick und ihre Einlassungen haben für mich damals und ein für allemal die Trennung zwischen Normalität und Verbrechen hinfällig gemacht. Fast jeder ist in der Lage, diese Grenze zu überschreiten. Für Niemanden kann man sicher voraussagen, wie er oder sie sich in einer bestimmten historischen Situation verhalten würde. Auch für sich selbst kann das niemand – umso bewundernswerter sind die, die standhaft geblieben sind.

Die Frage aber: Wer waren denn diese Juden, von denen die Rede war, und warum wurden sie umgebracht? Wir hatten damals jüdische Mitschüler, aber offen gesagt: das hat uns überhaupt nicht interessiert, wir waren nicht einmal neidisch auf deren schulfreie Feiertage. Mich beschäftigt die Frage nun seit 50 Jahren, natürlich nicht immer ganz intensiv, aber mit intensiven Phasen. Gespräche mit Überlebenden, die Lektüre von Erfahrungsberichten und das Studium zahlreicher Erklärungsansätze haben eins nicht erreicht: Ich habe das Geschehene nie verstanden.

Niemand kann zureichend erklären, warum Menschen, die seit langem in unserer Gesellschaft dazu gehörten, die sich als Teil unserer Gesellschaft verstanden – denken Sie an die lippische Rose und den Stern von Sternberg an der hebräischen Balkeninschrift am Haus Exterstraße 8 - in einer bestimmten, uns ganz nahen historischen Epoche ausgegrenzt, verfolgt und zuletzt ermordet wurden. Wir können es nicht erklären. Wir können nur an die Verlorenen erinnern. Erlösen können wir sie nicht.

Raul Hilberg, der wichtigste Forscher zum Judenmord in Europa, hat ein einprägsames Verfolgungsschema skizziert.

Er differenziert drei Phasen:

1. Juden dürfen nicht als Juden unter uns leben.
2. Juden dürfen nicht unter uns leben.
3. Juden dürfen nicht leben.

Feinsinnige unterscheiden gerne zwischen „Antijudaismus“ und „Antisemitismus“. Die Angehörigen der jüdischen Gemeinden, die im 13. Jahrhundert verbrannt wurden, weil sie nicht getauft werden wollten, hätten diese Differenzierung allerdings ebenso wenig verstanden wie Janusz Korczak und seine Kinder, deren Schicksal im Warschauer Getto uns am 9. November vor einem Jahr im Rathaus nahe gebracht wurde. Man braucht die Verhältnisse nicht zu verklären. Rassismus gab es immer und wird es immer geben. Antisemi-

¹ Die Ansprache wurde bei der Feierstunde an der Gedenkstätte Alte Synagoge am 9. November in Detmold gehalten. Auf ergänzende Hinweise in den Fußnoten wurde verzichtet, um den Charakter der Ansprache zu bewahren.

tismus ist nicht besiegbare. Die Frage ist, wie weit er die Bevölkerung erreicht und ab wann Quantität in mörderische Qualität umschlägt.

Am Hermannsdenkmal trafen sich 1893 die organisierten Antisemiten Deutschlands. Mit radikalen Liedern und Forderungen, das Programm liegt noch vor. Der Mord ist keine Erfindung Hitlers, er wurde schon vorher *gedacht und besungen*. Aber weder Lippe noch Detmold waren damals mehrheitlich antisemitisch. Man lebte zusammen, es gab eine gegenseitige Wertschätzung. Die Probe aufs Exempel kam um die Jahrhundertwende. Die Bevölkerung der Stadt war angewachsen und die Konfessionen benötigten neue Gotteshäuser: die Lutherkirche entstand; die Christuskirche wurde gebaut; und die jüdische Gemeinde weihte am Freitag vor Pfingsten 1907 ihre neue Synagoge in der Lortzingstraße ein.

Die Thorarollen wurden herausgetragen, um die Gäste zu begrüßen, an der Spitze Fürstin Berta und Fürst Leopold. In einer Feierstunde sagte der Vorsteher der Gemeinde, Alexander Meyer:

"Wie wir alle Glieder unseres gemeinsamen schönen deutschen Vaterlandes sind, wie wir alle in unserem persönlichen und geschäftlichen Leben aufeinander angewiesen sind, miteinander leben müssen, also ist auch das Verhältnis der verschiedenen Konfessionen zueinander in unserer geliebten Residenzstadt Detmold allezeit ein gutes und herzliches gewesen. Die einzelnen Bekenntnisse haben in guten und bösen Tagen treu zueinander gehalten, haben sich in Zeiten der Not einander zu fördern und helfen verstanden, haben gern und freudig für einander Opfer gebracht."

Ein wunderbarer Text - nicht als Beschreibung von Wirklichkeit, sondern als Aufzeigen einer Möglichkeit, eher: einer Utopie. Es gab keinen zwangsläufigen Weg nach Auschwitz.

Warum kippte die Stimmung 1918 um? Wir wissen, dass ein großer Teil der Bevölkerung bei Kriegsbeginn im August 1914 überzeugt war, dass es ein kurzer Krieg sein würde, und ein siegreicher. Dass er anders ausging, blieb unverstänlich. In diese Kerbe hieben die Generäle ihre Schuldzuweisung: Juden und Sozialisten hätten dem Heer den Dolch in den Rücken gestoßen. 1919 klebte ein „Dichter“ in Detmold Flugblätter, auf ihnen stand: „Nieder mit den Juden, dem vaterlandslosen Gesindel, das mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muss.“

„Allezeit ein gutes und herzliches“ hatte Meyer das Verhältnis der Konfessionen zueinander genannt. Von den vielen Gegenbeispielen will ich nur eins erwähnen. Im Herbst 1928 hatte die Knabenbürgerschule, die heutige Weerthschule, ein Problem – ein Lehrer war erkrankt. Das Lyzeum half mit einer jungen Lehrerin aus, der Detmolderin Julie Meier. Eine normale Lösung – hätten nicht einige Eltern nun einen Proteststurm entfacht. Das waren aber keine Eltern vom Rande der Gesellschaft, sondern Angehörige der bürgerlichen Elite. Ihr Wortführer, ein Jurist, schrieb: „Über die Lehrtätigkeit im einzelnen habe ich kein Urteil, die Lehrerin ist aber Jüdin.“

In Lippe und in Detmold sammelten sich damals die rechtsradikalen Kräfte. Es gab Massenorganisationen wie den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, elitäre Zirkel wie den „Deutschbund“ oder Wehrverbände wie Stahlhelm und „Cherusker“. Trotzdem waren die Akteure politisch kaum handlungsfähig. Sie waren nicht mehrheitsfähig, weder in der Politik noch in der Meinungsbildung. Denn hier hielten drei Männer unbeirrt an ihrer grundlegend humanen Weltsicht fest:

- Heinrich Drake, der sozialdemokratische Landespräsident;
- Adolf Neumann-Hofer, der liberale Reichstagsabgeordnete;
- und Max Staercke, der Chef der Lippischen Landes-Zeitung.

Staercke hat 1948 lange vor allen anderen eine Gedenkfeier für die ermordeten lippischen Juden ausgerichtet.

Dramatisch wurde alles mit dem Anwachsen der NSDAP. Sie hatte die völkischen Gruppen aufgesogen. Im Januar 1932 gewann sie die Kommunalwahlen in Lippe, 1933 dann die Landtagswahl. Ihr Programm war antisemitisch, daran konnte niemand zweifeln. Da helfen keine Ausreden, etwa, man sei zu früh eingetreten und habe das Kommende nicht geahnt, oder man sei erst ganz spät eingetreten, weil man dann zwar nicht wollte, aber musste.

Nachdem 1945 alles anders gekommen war als gedacht, sprach man von Anordnungen, die „von oben“ gekommen seien und die man ausführen musste. Vergessen Sie das alles. Die Basis preschte vor. In Detmold wurden die jüdischen Geschäfte schon am 11. März 1933 boykottiert – im Reich „offiziell“ erst am 1. April. In Detmold lebten damals 160 jüdische Menschen - um sie zu erniedrigen, brauchte man keine Anordnungen von oben. Am gleichen 11. März wurde Felix Fechenbach verhaftet – den Nazis verhasst als Sozialdemokrat und als Jude. Am 7. August 1933 wurde er ermordet. Um nicht missverstanden zu werden: Detmold war keinesfalls schlimmer als andere Städte, aber eben auch nicht besser. Gerade wer Detmold liebt, muss das mit großem Erschrecken registrieren.

Wendepunkt zum noch Schlechteren war der 9. November 1938. Auch in Detmold zog der Mob von Parteigenossen und SA-Leuten durch die Stadt. Läden wurden geplündert, Menschen verprügelt, zuletzt, nach Mitternacht, die Synagoge angesteckt. Die jüdischen Männer wurden verhaftet und nach Buchenwald gebracht. Eine junge Schülerin, Imke Beinig, hat das Geschehen vor einigen Jahren an dieser Stelle minutiös vorgestellt. Für viele Zuschauer war der Synagogenbrand ein Event. Viele beteiligten sich, so auch eine Pfarrerswitwe. Sie heizte die Stimmung an. Als die Detmolder Juden vier Jahre später deportiert wurden, rief sie ihnen nach: „Diesen Itzigs sollte man erst den Bauch aufschneiden und dann wegbringen!“

Nach dem Krieg war alles verändert. Die Opfer waren tot, die Nazis waren abgetaucht. Der Neuanfang war mühsam. Heinrich Drake gab die Richtung vor: Nach vorne schauen und nicht Aufhalten mit einer Vergangenheit, deren Schatten so oder so vergehen müssen. Das hieß aber auch:

Der Arisierer konnte seine Fa. Sinalco behalten.

Ein früher NS-Aktivist bekam einen Gedenkstein – als Förderer des Fremdenverkehrs.

Dem „Dichter“, der zum Judenmord aufgerufen hatte, bescheinigte die Presse „klare Sprache“ und „zarte Lyrik“.

Der Chef des Deutschbundes blieb Ehrenbürger.

Die Pfarrerswitwe verlebte einen ruhigen Lebensabend.

Die neu gegründete jüdische Gemeinde hielt sich mit Vorwürfen zurück, die Mitglieder waren froh, überlebt zu haben. Das wurde als maßvolles Verhalten anerkannt. Maßlosem Leid durfte auf keinen Fall ein maßloser Aufschrei entsprechen. Heimisch ist die Gemeinde in Detmold so nicht geworden.

Im Schatten des Auschwitzprozesses gab es dennoch vor 50 Jahren ein erstes Gedenken. Die Pfarrer Heinrich Bödeker aus Detmold und Peter Gleiss aus Remmighausen haben dafür gesorgt, dass eine Tafel in der Lortzingstraße an die Synagoge erinnert, von der es dort sonst keine Spuren mehr gibt. Aber das war zu früh und blieb ohne Resonanz.

Die Haltung hat sich erst seit der Mitte der 80er Jahre grundlegend geändert. Vor 25 Jahren wurde die lippische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gegründet, sie war und ist bis heute der Motor der Erinnerungsarbeit. Gleichzeitig war es ein Glücksfall, dass Detmold 1989 mit Friedrich Brakemeier einen Bürgermeister erhielt, der nicht nur solche Aktivitäten zuließ, sondern sich selbst darin engagierte. Seither sind die Erinnerungsarbeit und der Kampf gegen den Rassismus Chefsache.

Wolfgang Müller, Lehrer und Archivpädagoge, hat damals die Spuren der Überlebenden gesucht, sie waren in alle Welt verstreut. Ruth Margalit aus Heidenoldendorf benannte dies in Israel dreißig Tage nach seinem Tode: „Wolfgang, das ist der Mensch, der uns ins Leben gerufen hat, der uns gesucht hat.“ Zum 9. November 1995 hielt er, schon schwer von seiner Krankheit gezeichnet, die Ansprache zur Einweihung der Gedenktafel mit den Namen der Detmolder Opfer. Sie haben mit dieser Tafel im öffentlichen Raum ihre Namen zurück bekommen.

Nach dem Auschwitzprozess hatte der Jüdische Weltkongress im Sommer 1966 das Verhältnis von Juden und Deutschen zum Thema gemacht. Gershom Scholem, der Gründungsrektor der Hebräischen Universität in Jerusalem, konnte dazu Einiges beitragen. Als Gerhard Scholem in Berlin geboren und aufgewachsen, hatte er keine Zukunft für jüdisches Leben in Deutschland gesehen und wurde zu einem Zionisten der ersten Stunde. Sein Bruder Werner dagegen, in der Weimarer Republik zeitweilig Reichstagsabgeordneter der KPD, glaubte an ein anderes Deutschland, er wurde im KZ Buchenwald ermordet.

Ich möchte die Schlusspassage aus Gershom Scholems Vortrag aus dem Jahr 1966 zitieren:

„Ein junger Deutscher schrieb mir, er hoffe, die Juden mögen, wenn sie an Deutschland denken, sich des Wortes Jesajas erinnern: ‚Gedenket nimmer des Frühern, dem Vormaligen sinnt nimmer nach.‘“

Scholem fährt fort:

„Ob die messianische Zeit den Juden Vergessen schenken wird, weiß ich nicht. Es ist ein heikler Punkt der Theologie. Aber von uns, die illusionslos in einer unmessianischen Zeit leben müssen, wird mit solcher Hoffnung das Unmögliche verlangt. So erhaben das sein mag, wir können es nicht liefern. Nur im Eingedenken des Vergangenen, das niemals ganz von uns durchdrungen werden wird, kann neue Hoffnung auf Restitution der Sprache zwischen Deutschen und Juden, auf Versöhnung der Geschiedenen keimen.“

Überraschend wird hier die Tür einen winzigen Spalt weit geöffnet. Durch ihn lässt sich wieder ein utopisches Ziel ausmachen – die Möglichkeit des Gesprächs, unter der Bedingung, dass eben das Geschehene nicht vergessen wird.

Hin und wieder hört man Stimmen, Erinnern und Gedenken seien längst ritualisiert, die Rituale müssten aber überdacht und vielleicht auch abgeschafft werden. Hier gibt es nur eine Antwort: Nein. Den Detmolder Opfern Namen und Biographien zurückzugeben, ist kein Ritual, und das Vergessen darf keine Option werden. Mit unserem Blick zurück am 9. November und am 27. Januar halten wir den Spalt offen und nur so kann das utopische Ziel sichtbar bleiben, das Ziel einer Verständigung auf neuer historischer Ebene und mit neuen Generationen.

„Es war blanker Hass, blanker Terror“ – Die Gewaltaktion gegen die jüdischen Lipper am 9./10. November 1938¹

von Jürgen Hartmann

Die Lipper, die am Morgen des 11. November 1938, einem Freitag, die *Lippische Staatszeitung* aufschlugen, fanden im Lokalteil einen Artikel, überschrieben mit „Judenfeindliche Kundgebungen“. In der Zeile darunter hieß es in halbfetten Lettern: „Spontane antisemitische Aktionen – Synagogen durch Feuer vernichtet“. Der folgende Text behandelte in hämischen Ton die Geschehnisse des Vortages in Lippe:

„Nach Bekanntgabe des Ablebens des durch feige Mörderhand niedergestreckten deutschen Diplomaten Pg. vom Rath haben sich im ganzen Reich spontane judenfeindliche Kundgebungen entwickelt. Die tiefe Empörung des deutschen Volkes machte sich dabei auch vielfach in starken antijüdischen Aktionen Luft. Auch in Lippe kam es in der Nacht zum Donnerstag infolge der Erregung [...] zu judenfeindlichen Kundgebungen. In Detmold versammelten sich gegen 1 Uhr vor mehreren jüdischen Geschäften, deren Inhaber gerade in jüngster Zeit durch ihr freches Auftreten die Bevölkerung wiederholt gereizt hatten, die aufgebrachten Menschenmassen. Auf der unteren Langen Straße, in der Nähe der Bahnüberführung, auf der Bruchstraße und in der Krumpfen Straße wurden die Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte zertrümmert und die Auslagen auf den Bürgersteig geworfen. Die Zahl der Empörten wurde hier immer größer, wobei gegen die Vertreter des „auserwählten Volkes“, die hier zum Teil unter geschickter Tarnung ihre Geschäfte machten, Schmährufe ausgestoßen wurden. Kurz darauf, etwa gegen 2 Uhr nachts, brach in der Synagoge in der Nähe des Lippischen Landestheaters, Feuer aus [...] Auch in Bad Salzuflen, Lemgo und Schötmar gingen die Synagogen in Flammen auf. In der Hansestadt wurde einem in Nordlippe wohnenden Juden, der in den letzten Jahren durch sein unverschämtes Geschäftsgebahren als Besitzer vieler großer Grundstücke sehr oft das Missfallen der Bevölkerung erregte, endgültig das Handwerk gelegt. [Es folgen kurze Angaben zu den Vorfällen in Lage, Horn und Schwalenberg, zuletzt heißt es:] Da die Bevölkerung des Lipperlandes trotz der großen Empörung über die Mordtat des jüdischen Mordbuben in Paris Disziplin hielt, wurde hier keinem Juden ein Haar gekrümmt.“²

Ein Redakteur mit dem Kürzel M. H. kommentierte die Geschehnisse in derselben Ausgabe unter der Überschrift „Das Volk gab Antwort“.³ So wollten die Nationalsozialisten die Gewaltaktionen, die in Lippe übrigens sämtlich am 10. November 1938, von 0.30 Uhr in Detmold bis ca. 22, 23 Uhr in Oerlinghausen, abliefen, für das In- wie Ausland darstellen. Dieses war bei weitem nicht der Fall, aber zum Ablauf später mehr.

Die Bilanz, die SD-Chef Reinhard Heydrich in einem Schreiben an Hermann Göring am 11. November zog - für das gesamte Deutsche Reich unter Einbeziehung des wenige Monate zuvor annektierten Österreich - sah wie folgt aus: 91 Tote und 267 zerstörte Synagogen. Die neuere Forschung geht allein für den 9. und 10. November von mindestens 400 Todesopfern aus, die Lagerhaft in Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen kostete noch einmal mindestens 400 Menschen das Leben. Viele weitere starben an den Folgen von Haft

¹ Leicht überarbeiteter Text eines Vortrages, der am 8. Februar 2014 in Lemgo gehalten wurde.

² Lippische Staatszeitung (LStZ) vom 11. November 1938.

³ Ebd.

und Misshandlung. Bei der Zahl der vollständig zerstörten Bethäuser und Synagogen ist gar von 1.406 auszugehen.⁴ Und für das Land Lippe?

Nach den vorliegenden Quellen ergibt sich folgendes Bild: sieben zerstörte Synagogen, drei weitere entgingen der Zerstörung, weil sie bereits verkauft waren, mindestens vier geschändete Friedhöfe, zwei Dutzend beschädigter Häuser und Wohnungen, etwa ein Dutzend beschädigter Geschäfte, eine Tote direkt im Zusammenhang mit der Aktion, ein Toter durch Misshandlungen im KZ und mindestens ein weiterer an den Folgen der Lagerhaft Verstorbener.

Bevor die Ereignisse jenes Tages im November 1938 behandelt werden, ist es sinnvoll, kurz die Situation der jüdischen Lipper seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu betrachten. Ein latenter Antisemitismus existierte seit der Jahrhundertwende auch im Fürstentum, augenscheinlich aber mit regionalen Unterschieden. Die Lage in Lemgo wird, soweit die Quellen es hergeben, besonders berücksichtigt.

Immer wieder machten verschiedene Gruppierungen und Verbände mobil: die sogenannten Christlich-Sozialen, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, der Bund der Landwirte, die rechten Konservativen, die Deutsche Vaterlandspartei, dann in der Weimarer Zeit die Deutschnationale Volkspartei, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Cheruskerbund, der Deutschbund, der Jungdeutsche Orden, die Deutschvölkische Freiheitspartei und schließlich die NSDAP. Mehr als in Lemgo und anderen Orten Lippes fiel der Antisemitismus in der Residenzstadt Detmold auf fruchtbaren Boden. Jüdische Schöffen oder Geschworene gab es bis 1907 nicht in Lippe, die fürstlich-lippische Regierung tat sich schwer mit den Andersgläubigen, auch in Bezug auf die Verleihung von Anerkennungen und Orden.⁵

Der Lemgoer Getreidehändler Max Lenzberg war in den 1890er Jahren Zielscheibe von judenfeindlicher Agitation des Bundes der Landwirte.⁶ Am Lemgoer Bahnhof pöbelten und rempelten Anfang 1912 zwei Mitglieder des DNHV einen jüdischen Geschäftsmann an und grüßten ihn mit „Heil“, dem Gruß der Völkischen. Die beiden „Helden“ wurden später wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.⁷ Dennoch scheint das Zusammenleben zwischen Juden und Christen bzw. Nichtjuden in Lemgo weniger problematisch als in Detmold verlaufen zu sein.

Das politische Klima der Anfangsjahre der Weimarer Republik war insgesamt in Deutschland von einem scharfen antisemitischen Klima gekennzeichnet. In Detmold 1919 unterschrieben mehrere hundert Bürger einen Aufruf gegen die Einstellung des jüdischen Predigers Moritz Rulf als Lehrer an der Knabenbürgerschule.⁸ Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (DVSTB), die größte antisemitische Kampforganisation der Weimarer Republik mit mehr als 300.000 Mitgliedern, verfügte in Detmold über eine bedeutende Ortsgruppe, die mit Flugblättern, Veranstaltungen und über die deutschnationale *Lippische Tageszeitung* gegen jüdische Bürger agitierte. Dieser radikale und zu Gewalt neigende Bund war bemüht, auch in Lemgo Fuß zu fassen. 1920 wurde eine Versammlung durch die Arbeiterschaft gesprengt – mit „Judengeld“, wie die Anhänger behaupteten.⁹ Als 1922 der deutschvölkische Pastor Andersen in der Hansestadt einen Vortrag für diesen Kampfbund hielt, hieß es im *Israelitischen Familienblatt*: „Die Ausführungen dieses wütenden Antisemiten fanden aber auch in christlichen Kreisen bei Laien und Geistlichen allgemeine Ablehnung. Ein hiesi-

⁴ S. dazu u.a. den Beitrag „Novemberpogrome 1938“ in Wikipedia unter http://de.wikipedia.org/wiki/Novemberpogrome_1938 (letzter Aufruf: 6. Juni 2014).

⁵ Zu Detmold s. Jürgen Hartmann: Gegen die Juden und gegen die Republik! Die antidemokratische Rechte in Detmold 1914-1933; in: Hermann Niebuhr/Andreas Ruppert (Hrsg.): Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914-1933. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bielefeld 2007, S. 263-298.

⁶ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus vom 20. April 1895.

⁷ Israelitisches Familienblatt vom 22. Mai 1912.

⁸ Wolfgang Müller: Moritz Rulf - Ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit; in: Lippische Mitteilungen, 57 (1988), S. 365-433.

⁹ Anzeige des DVSTB in der Lippischen Tageszeitung vom 11. August 1920.

ger Pastor erklärte in der Diskussion unter lebhaftem Beifall, dass Antisemitismus mit echtem christlichen Glauben nicht vereinbar sei.¹⁰

Ansonsten kam es offenbar in der Stadt nur vereinzelt zu Ausfällen, wobei ein Fall noch erwähnt werden soll. Im Mai 1920 bezeichnete der Chefredakteur der *Lippischen Tageszeitung*, Wilhelm Lindner, den Kaufmann Hilmar Kabaker als „jüdischen Kriegsgewinnler“, der sein „jüdisches Kapital“ bzw. seinen jüdischen Geldsack dazu missbraucht habe, eine Versammlung der DNVP zu verhindern. Lindner wurde wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.¹¹

Eine neue Bedeutung und wesentliche Verschärfung erfuhr der Antisemitismus in Lippe gegen Ende der 1920er Jahre mit dem Wachsen der NSDAP. Bekannt dürfte in Lemgo der später zeitweise als Bezirksleiter der Partei agierende Walter Steinecke (Eintritt 1930) sein, der 1933 Gaukommissar wurde. Der Maler, der noch Mitte der 1920er Jahre Ex-Libris für jüdische Kunden – auch in Lemgo – zeichnete, gehörte 1932/33 zu den antisemitischen Scharfmachern der Partei in Lippe. Im Januar 1932 gelang der NSDAP der durchschlagende Erfolg: bei den Kommunalwahlen wurde sie in allen lippischen Städten bis auf Oerlinghausen stärkste Partei: mit Ergebnissen zwischen 30 und 42 Prozent. Von da an nahm auch die antisemitische Agitation auf der Straße zu. Auch hier ging es in Detmold und Bad Salzuflen am heftigsten zu. Im April 1932 wurde beispielsweise ein Auftritt des in Detmold geborenen Schauspielers und Humoristen Joseph Plaut im Landestheater von einem Trupp Nationalsozialisten gestört¹², in Bad Salzuflen forderten die Nationalsozialisten die Entlassung eines jüdischen Arztes durch die Badeverwaltung.¹³

Wie war die Situation nun 1933 nach der Machtübernahme? Von den 510 Personen jüdischen Glaubens, die bei der Volkszählung vom 16. Juni 1933 in Lippe erfasst wurden, lebten ungefähr 160 in der Landeshauptstadt Detmold, in Lemgo waren es etwa 65. In einem 1933 erschienenen Aufsatz beklagte der jüdische Lehrer Moritz Rülff aus Detmold die ungesunde Struktur der jüdischen Bevölkerung in Lippe: Überalterung und einen starken Frauenüberschuss (auf 100 Männer kamen 120 Frauen; in der Gesamtbevölkerung: 100 zu 103).¹⁴

Der „Geist der Neuen Zeit“ zeigte sich den Juden in den ersten Februartagen des Jahres 1933. Wiederholt wurden jüdischen Geschäftsleuten die Fensterscheiben eingeschlagen. Einen ersten Höhepunkt des staatlichen Terrors aber stellte der 11. März 1933 dar. SA und sogenannte Hilfspolizei waren bemüht, die „nationale Revolution“ von unten voranzutreiben. Die Eingänge von jüdischen Geschäften in Detmold, des Schuhhauses „Teutonia“ und Kaufhauses „Alsberg & Co.“ wurden von SA und SS blockiert. Die Besitzer mussten Schilder mit der Aufschrift „Deutsche, kauft nicht beim Juden!“ aushängen.¹⁵ Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte setzten vielerorts nicht erst am 1. April ein, sondern bereits zwei Tage zuvor.¹⁶ Für Lemgo lässt sich am 30. März die Festnahme von Erich Katzenstein durch die Hilfspolizei dokumentieren, von der nicht einmal die ordentliche Polizei und die Angehörigen Kenntnis hatten. Er wurde einen Monat im Detmolder Gefängnis festgehalten.¹⁷ Walter Frenkel, dem vorgeworfen wurde, der KPD nahezustehen,

¹⁰ Israelitisches Familienblatt vom 18. Mai 1922.

¹¹ Israelitisches Familienblatt vom 14. Oktober 1920. Lindner war übrigens von 1922-32 preußischer Landtagsabgeordneter der DNVP und von 1946-47 nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter der CDU.

¹² Andreas Ruppert: Die Ortsgruppe Detmold der NSDAP 1925-1934; in: Hermann Niebuhr/Andreas Ruppert (Hrsg.): Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadteschichtlichen Projekts. Bielefeld 1998, S. 203-232 (hier: S. 216-219).

¹³ S. zu den Forderungen der dortigen NSDAP unter August Prüßner die Lippische Landes-Zeitung (LLZ) vom 18. Februar 1932. Dazu auch der Vorgang der Stadtverwaltung; in: Stadtarchiv Bad Salzuflen C Nr. 803.

¹⁴ Moritz Rülff: Die Geschichte der Juden in Lippe; in: Lippischer Kalender, 1933, S. 69-73.

¹⁵ LLZ vom 12. März 1933.

¹⁶ LLZ vom 29. und 30. März 1933.

¹⁷ In den sog. Morgenmeldungen wurde Katzenstein durch die Polizei Lemgo als vermisst gemeldet; vgl. LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 59 Bd. 3 Bl. 90. In einem Verzeichnis der „Schutzhäftlinge“ ist seine Inhaftierung vom 30. März bis 29. April 1933 notiert. S. LAV NRW OWL, D 22 Detmold Zg. 31/1986, „Vorläufige Aufnahme“.

weil er der Ortsgruppe für einen Umzug einen Lastwagen zur Verfügung gestellt haben sollte, wurde am 1. April für mehrere Tage inhaftiert.¹⁸ In ganz Lippe nahmen Hilfspolizei und SA zu dieser Zeit etwa 15 bis 20 jüdische Bürger in Haft.

Besonders aber wüteten die Nationalsozialisten 1933 in Bösingfeld und Alverdissen, und dieses über mehrere Wochen, gar Monate hinweg. Die Häuser der dort lebenden Juden wurden des Nachts mit Steinen beworfen, mit Farbe wurde „Juda verrecke“ an die Häuser geschrieben, die verängstigten Frauen und Kinder – die Männer befanden sich zumeist in Haft – wurden angepöbelt, angespien, geschlagen.¹⁹ Vom Kreisleiter Adolf Wedderwille unter Druck gesetzt, unternahm Paul Arensberg in Alverdissen einen Selbstmordversuch.²⁰ In Bösingfeld, von den Nazis „Klein-Palästina“ genannt, zog sich der Terror bis in den Herbst 1933 hinein. Wesentliche Ursache dafür war nicht die Aktivität der heimischen Nazis, sondern der Insassen eines Reichsarbeitsdienstlagers am Ortsrand. Die Synagogengemeinde verfasste eine Eingabe an den Lagerführer, nachdem ihre Nöte von den Behörden ignoriert worden waren. Darin ist von einem brutalen Überfall von etwa 40 Männern auf Moritz Frankenstein in einem Wirtshaus die Rede, der Einschüchterung jüdischer Frauen durch Rufe wie „Euch schlitzten wir die Bäuche auf“, von nächtlichen Übergriffen auf die Häuser usw. Die Konsequenz: sämtliche jüdischen Männer wurden auf Anweisung des Staatsministers, das war Kreisleiter Wedderwille, für drei Wochen ins Lemgoer Gefängnis geworfen.²¹

Das Jahr 1934 verlief weitgehend ruhig, wenn man von antisemitischen Artikeln der *Lippischen Staatszeitung* wie gegen den Lemgoer Fotografen Erich Katzenstein absieht. Unter der Überschrift „Typisch jüdisch“ wurde dort beklagt, dass dieser es noch immer wage, in seinem Schaufenster Fotos des Inneren der Nicolai-kirche auszustellen.²² Aber: Im Sommer 1935 erreichte die nationalsozialistische Judenpolitik eine neue Stufe. Ab Juni/Juli prangerte die *Staatszeitung* fortwährend angebliche jüdische „Frechheiten“ an. Konkrete Maßnahmen zur Ausgrenzung der Juden waren die Folge.²³ Der Zutritt zu den Externsteinen wurde ebenso verboten wie das Betreten der Freibäder. Überall wurden Tafeln aufgestellt: „Juden sind hier unerwünscht“, und in der ersten Augushälfte erließen die lippischen Städte und Gemeinden eine sogenannte Ortsjudensatzung. Damit sollte Juden der Zuzug sowie der Erwerb von Grundstücken und Gebäuden untersagt werden. In Lemgo geschah dieses in der Ratssitzung vom 12. August.²⁴ Bürgermeister Gräfer schrieb am folgenden Tag die Sparkasse an und forderte diese auf, die Geschäftsverbindungen mit Juden in nächster Zeit zu lösen.²⁵

Diese Maßnahmen waren Folge eines Drucks „von unten“, der von der Partei organisiert war und von der Presse lautstark begleitet wurde. So fragte die *Lippische Staatszeitung*, warum den Juden der Zutritt zum Freibad in Lemgo nicht verboten würde, am Sonntag habe man dort fünf Juden gezählt.²⁶ Oder warum der Jude Adolf Sternheim noch den Lemgoer Bäckermeistern Mehl verkaufen dürfe.²⁷ Daneben erfolgten Einzelaktionen, vor allem von SA-Leuten: Anfang August wurden sechs Häuser von Juden in Lemgo mit

¹⁸ Aufstellung über Verpflegungskosten für „Schutzhäftlinge“ in Lemgo, 3. Mai 1933; in: LAV NRW OWL, L 80 I Ib II.1.23. Über die vermutete Nähe zur KPD, s. den Bericht des Landespolizeidirektors an das Gestapa Berlin, 3. August 1933; in: L 80 Ie IV.5.1.1.

¹⁹ S. u.a. die sog. Morgenmeldungen der Polizei, März bis September 1933; in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 59 Bd. 3 Bll. 69, 117, 173; sowie die Bitte Dr. Heinrich Schleyers aus Bösingfeld bei den Behörden um Unterstützung gegen den Terror, 31. März 1933; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 152.

²⁰ S. auch die Ermittlungsakten, 1933; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 112.

²¹ S. den Schriftwechsel der Synagogengemeinde Bösingfeld mit der Zentrale des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) in Berlin, 1933; in: Wiener Library (London), MF 55/68/2322.

²² LStZ vom 2. September 1934.

²³ Vgl. Berichterstattung der LStZ beginnend vom 2. Juni 1935.

²⁴ LLZ vom 14. August 1935.

²⁵ Bürgermeister an Sparkasse Lemgo, 13. August 1935; in: Stadtarchiv Lemgo A 1584.

²⁶ LStZ vom 7. August 1935.

²⁷ LStZ vom 14. August 1935.

Schlemmkreide beschmiert.²⁸ In Lage stürzten SS-Männer 24 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof um.²⁹ Wiederum in Lemgo warfen angetrunkene SA-Männer die Schaufenster von Erich Katzenstein ein und rissen dessen Ausstellungskasten aus der Verankerung. Sie wurden festgenommen. Das Gericht ging aber äußerst gnädig mit ihnen um, zumal die Angeklagten sich durch das Lesen des *Stürmers* und der *Staatszeitung* in ihrem Antisemitismus bestärkt gesehen hätten und wie das Gericht feststellte, „gerade deshalb empört waren, weil der Jude Katzenstein noch immer Bilder von blonden deutschen Mädchen ausgestellt habe.“³⁰

Parteifunktionäre organisierten Menschenansammlungen vor jüdischen Wohnungen und Geschäften. Vergiftet wurde das Klima aber wesentlich durch die NS-Presse, die sich im Sommer 1935 vor allem am Thema „Rassenschande“ weidete. Die Gestapo Bielefeld vermeldete für den August eine regelrechte „Rassenschandepsychose“ - mit bitteren Konsequenzen.³¹ Der 63jährige David Boehm aus Detmold wurde wegen angeblicher „Rassenschande“ denunziert - Boehm hatte sich mit einem Mädchen am Donoper Teich unterhalten. Der Unschuldige wurde vom Sondergericht Hannover zu neun Monaten Haft verurteilt, die er im KZ Esterwegen verbüßte. Boehm starb nach der Entlassung an den Folgen.³²

Der inszenierte Volkszorn lieferte schließlich die wunderbare Begründung für die einen Monat später in Nürnberg beschlossene Rassegesetzgebung. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits viele jüdische Bürger aus Lippe – entweder in die Großstädte oder ins Ausland – abgewandert. Die Mitgliederliste der Synagogengemeinde Lemgo wies von ehemals etwa 65 Personen noch 44 auf.³³

Für die Nazis spielten die Juden immer noch wirtschaftlich eine zu große Rolle. Eine wesentliche Maßnahme der Eindämmung war die Versagung von Wandergewerbescheinen oder Legitimationskarten. Anfängliche verwaltungsrechtliche Schwierigkeiten wurden durch die später erforderliche Vorlage einer politischen Unbedenklichkeitsbescheinigung eliminiert: Juden galten per se als unzuverlässig. Ausgestellt wurden diese Bescheinigungen vom NSDAP-Kreisleiter. Somit war die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz der Juden in Lippe weitgehend bis zu Jahresbeginn 1938 abgeschlossen: viele Geschäfte waren zu günstigen Preisen in nichtjüdischen Besitz übergegangen. Wer noch mit Juden handelte, wurde denunziert, im *Stürmer*-Kasten oder direkt in der *Staatszeitung* oder im *Stürmer* angeprangert – so der Fahrradhändler Eduard Reineke aus Lemgo. Im September 1937 warf das Hetzblatt *Der Stürmer* ihm vor, noch Alteisengeschäfte „mit dem Juden Davidsohn“ zu betreiben.³⁴ Der NSDAP-Kreisleiter verneinte darum Reinekes politische Zuverlässigkeit als es um einen Auftrag der Stadt ging: „Zur Einholung des Brautstandes benutzte er das Fuhrwerk des Juden Davidsohn“ und: „Er wohnt mit einer Jüdin Gumpel in einem Hause. Ostentativ weigerte er sich, den deutschen Gruß anzuwenden.“³⁵

Die Situation am Vorabend der Novemberaktionen: Im Herbst 1938 lebten nur noch rund 90 Juden in Detmold, in Lemgo hatte die Synagogengemeinde noch 32 Mitglieder. Jüdische Gewerbetreibende gab es im August 1938 in Lemgo nur noch mit Emilie Davidsohn, Ludwig Davidsohn, Louis Frenkel und Erich

²⁸ Morgenmeldung der Polizei Lemgo, 10. August 1935; in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25 Bd. 4 Bl. 129.

²⁹ LLZ vom 20. und 28. August 1935.

³⁰ Urteil des Amtsgerichtes Lemgo gegen K. und P., 9. September 1935; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 1/1980 Nr. 152 (Urteilssammlung 1935).

³¹ Lagebericht der Stapo Bielefeld für den August 1935, 4. September 1935; in: LAV NRW OWL, D 70 Nr. 76, S. 26.

³² LStZ vom 10. und 11. August 1935. Gestapo-Außenstelle Detmold an Landesregierung, 4. September 1935: Mitteilung über die Entlassung des seit dem 10. August in „Schutzhaft“ befindlichen Boehm am 3. September mit dem Vermerk „In das Konzentrationslager Esterwegen überführt worden“; in: LAV NRW OWL, L 80 Iib II.1.23.

³³ Mitgliederliste der Synagogengemeinde Lemgo, 1. Oktober 1935; in: Stadtarchiv Lemgo A 11852. Eine weitere Liste vom 9. Mai 1937 weist für Lemgo 67 „Volljuden“, 9 Mischlinge 1. Grades und 3 Mischlinge 2. Grades aus; ebd.

³⁴ *Der Stürmer* Nr. 39 vom September 1937.

³⁵ Kreisleitung an Bürgermeister Lemgo, 13. November 1937; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 117.

Katzenstein.³⁶ Die Reisepässe waren eingezogen worden, damit weder „Greuelhetze“ im Ausland initiiert, noch Geld über die Grenze verschleppt werden könnte.

Willkommener Anlass zum Schlag gegen die Juden war das Attentat des 17jährigen Herschel Grynszpan auf den deutschen Botschaftsangestellten vom Rath in Paris. Der Attentäter gehörte zum Kreis in Deutschland lebender oder geborener Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit. Im Frühherbst hatte die polnische Regierung eine Verordnung erlassen, nach der die Auslandspässe der im Ausland lebenden Staatsangehörigen zu ihrer Gültigkeit eines Kontrollvermerkes bedurften. Anderenfalls drohte die Ausbürgerung. Die Reichsregierung war nun ihrerseits darum bemüht, sich schnellstens der rund 17.000 polnischen Juden durch Ausweisung zu entledigen. Die Nationalsozialisten führten daraufhin ihre erste Massendeportation durch. Von der Ausweisung, die am 28. Oktober erfolgte, waren auch drei in Detmold lebende polnische Juden betroffen: Regina Bonom, Josef und Necha Vogelhut. Über Hannover wurden sie mit der Reichsbahn zur polnischen Grenze deportiert. Polen verweigerte die Aufnahme. Die Deportierten wurden ins Flüchtlingslager Zbaszyn eingewiesen. Das Motiv Grynszpans: seine Eltern gehörten zu den Verschleppten, die im Niemandsland zwischen deutscher und polnischer Grenze festsaßen.

Anhand der vorhandenen Akten lässt sich ein relativ verlässlicher Überblick über die Geschehnisse in Lippe vom 10. November 1938 geben. Die Abläufe werden unter Berücksichtigung der allgemeinen Entscheidungen und Befehlswege dargelegt. Die Regie in Lippe führte der lippische NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille, teilweise gemeinsam mit dem SA-Chef Paul Faßbach³⁷. Vor Ort waren beinahe überall die Ortsgruppenleiter und die örtlichen SA-Führer beteiligt. Die Bürgermeister als Ortspolizeibehörde waren weitgehend eingeweiht, jedoch nicht direkt involviert. In Detmold, Lemgo, Bad Salzuflen spielten von einer Vertheidigung an den Externsteinen zurückkehrende SS-Männer eine besondere Rolle. Vereinzelt waren SA-Trupps an mehreren Orten im Einsatz. Oder es fand eine Art Austausch statt: so war die Horner SA in Haren bei Büren, die dortige in Horn. Zwei Lemgoer Polizisten, darunter der als brutal bekannte August Strate, waren ebenfalls an zwei oder gar drei Orten aktiv an den Aktionen beteiligt.³⁸

Am Mittwochnachmittag (9. November) um 17.30 Uhr erlag in Paris Ernst vom Rath seinen Schussverletzungen. In München hielten sich seit Dienstagabend die gesamte Parteiprominenz und die Spitzen von SA und SS auf. Hier in der „Hauptstadt der Bewegung“ fand seit 1928 die zentrale Veranstaltung zum Jahrestag des gescheiterten Hitlerputsches vom 9. November 1923 statt.

Auch in Lippe hielt die Partei am Abend Gedenkveranstaltungen in mehreren Sälen und Gaststätten ab. Die SA hatte sich in Detmold im SA-Gebäude in der Langen Straße versammelt. An den Externsteinen sollte zudem gegen Mitternacht eine große Vertheidigung von SS-Bewerbern der Standarte 72 stattfinden.

Um 21 Uhr wurde Hitler in München die Nachricht vom Tod des Legationsrates zugeleitet. Etwa um 22 Uhr teilte Goebbels den Anwesenden den Tod mit und hielt eine Rede, in der er auf jüdenfeindliche Kundgebungen in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinwies. Er fügte außerdem an: „Der Führer habe auf

³⁶ Verzeichnis jüdischer Gewerbebetriebe, 5. August 1938; in: Stadtarchiv Lemgo A 11852.

³⁷ Paul Faßbach (1897-1945), zu der Zeit SA-Brigadeführer, wurde offenbar Mitte 1938 zur sog. Österreichischen Legion nach Wien beordert. Vgl. LStZ vom 1. Juli 1938. Leider ist bisher unbekannt, für welchen Zeitraum bzw. ob er weiterhin in Lippe seinen Funktionen nachkam. In den Ermittlungsakten wird seine Beteiligung an den Gewaltaktionen in Lippe jedoch an verschiedenen Stellen benannt. Sicher ist, dass er spätestens 1942/43 wieder in Detmold lebte. Er verstarb am 23. April 1945 in einem Lazarett in Bad Meinberg.

³⁸ Maßgebliche Quellen für die im Folgenden dargelegte Rolle des lippischen NSDAP-Kreisleiters Adolf Wedderwille sind die staatsanwaltschaftlichen Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, 1946-48; in: LAV NRW OWL, D21 B Zg. 34/1976 Nr. 115 und D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 300. Sie behandeln die Vorgänge in Detmold, bieten darüber hinaus aber wesentliche Erkenntnisse über den Rahmen der Abläufe für das gesamte Lippe. Für den allgemeinen Kontext s. die Quellenangaben in: Jürgen Hartmann: „Die durchgeführte Aktion hat hier wahre Befriedigung hervorgerufen“ – Der November-Pogrom in Detmold 1938; in: Hermann Niebuhr/Andreas Ruppert (Hrsg.): Nationalsozialismus in Detmold. Detmold 1998, S. 645-659.

seinen Vortrag entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.“

Eine kaum versteckte Aufforderung zu Aktionen. Um 22.30 Uhr löste sich der Kameradschaftsabend auf. Die anwesenden Gauleiter - darunter aller Wahrscheinlichkeit nach auch Dr. Alfred Meyer vom Gau Westfalen-Nord – riefen ihre Gauleitungen an und instruierten sie in mehr oder minder präziser Form, mit entsprechenden Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte loszuschlagen.

Noch vor Mitternacht - vermutlich um 23.30 Uhr herum - erhielt der lippische NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille in Detmold von der Gauleitung Westfalen-Nord in Münster den Befehl zu Aktionen gegen die Juden in Lippe. Wo genau Wedderwille sich zu diesem Zeitpunkt aufhielt, ist unklar. Wedderwille unterrichtete offensichtlich als einen der ersten Hugo Preyer, Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Detmold-Süd. Mit diesem und seinem Chauffeur setzte sich der Kreisleiter dann in Bewegung, um möglichst viele Parteigenossen zu mobilisieren. Die befanden sich nach den beendeten Veranstaltungen größtenteils noch in den Gaststätten der Stadt.

In München hatte SA-Stabschef Viktor Lutze mittlerweile die anwesenden SA-Führer in einer gesonderten Rede eingeschworen. Um 23 Uhr kehrten diese in ihre Hotels zurück und versuchten bis 24 Uhr ihre Gruppen zu erreichen. Aller Wahrscheinlichkeit nach noch vor Mitternacht wurde der Führer der lippischen SA, zugleich der Führer der lippischen Polizei, Paul Faßbach, von seiner vorgesetzten Dienststelle informiert. Faßbach versetzte telefonisch die gesamte SA aus dem Sturmbereich Lippe in Alarmzustand. Eine Absprache Wedderwilles, der ja zugleich Vertreter der lippischen Landesregierung war, mit Faßbach ist nicht belegt, aber sehr wahrscheinlich. Denn: die Aktionen der Partei und der SA verlaufen - anders als in vielen anderen Orten - in Lippe in enger Kooperation.

Um 23.55 Uhr unterrichtete der Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin, Heinrich Müller, die Staatspolizeileitstellen per Fernschreiben von zu erwartenden Aktionen gegen die Juden und erteilte den Befehl, dass die Gestapo sich heraushalten solle. Über Bielefeld wurde die Detmolder Gestapo offensichtlich gegen 1 Uhr unterrichtet. Die Gestapo-Beamten Walter Lapstich und August Solle befanden sich gegen 1.30 Uhr an der Synagoge. Die Aktionen in Detmold waren zu diesem Zeitpunkt mit dem Niederbrennen der Synagoge bereits weitgehend beendet.

Die Aktionen in Lippe hatten ihren Ausgangspunkt in Detmold. Politische Leiter und Parteigenossen der Detmolder Ortsgruppen und SA setzten sich um etwa 0.30 Uhr in einem ersten Zug in Bewegung. Jüdische Geschäfte wurden aufgesucht, die Schaufenster wurden eingeschlagen, die Einrichtung demoliert und die Auslagen auf die Straße geworfen.

Wedderwille befand sich gegen 1 Uhr am Hotel „Lippischer Hof“ in Detmold. Dort hielt er die Busse mit den SS-Männern an, die von der Vereidigung an den Externsteinen zurückkehren. Mit dem SS-Standartenführer Georg Martin besprach Wedderwille das weitere Vorgehen. Man zog nun geradewegs in die Detmolder Lortzingstraße zur Synagoge. SS und SA begannen sofort mit der Absperrung des Bereiches um das Gebäude.

Dann drangen SS-Leute in das Gotteshaus ein und zertrümmerten die Inneneinrichtung, Bänke und vermutlich auch zahlreiche Kultgegenstände. Zwischen Kreisleiter Wedderwille, Ortsgruppenleiter Preyer und der Feuerwehr kam es zu Absprachen. Späteren Zeugenberichten zufolge wurde der Besitzer einer Autovermietung beauftragt, ein Fass Benzin herbeizuschaffen. Vermutlich stammte das Fass sogar aus dem Feuerwehrhaus. Die Täter waren nun auch in die angrenzende Wohnung der Synagoge eingedrungen. Hier lebte der Synagogendiener Louis Flatow mit seiner Familie. Ein Augenzeuge konnte sich noch 40 Jahre

später an die Schreie und das Weinen der Kinder erinnern. Unter Beschimpfungen und Schlägen wurde die Familie aus der Wohnung herausgeholt. Ein Anwohner erinnerte sich 1978 an die weiteren Ereignisse:

„Schließlich setzte sich ein Wagen [vom Feuerwehrhaus] in Bewegung und fuhr zur Synagoge, die vom Feuerwehrhaus etwa 100 Meter entfernt lag, von meinem Fenster höchstens 60 Meter. [...] Man rollte Fässer vom Auto, die - wie sich später herausstellte - mit Benzin gefüllt waren. [...] Das ganze Innere der Synagoge hatte man nun mit Benzin übergossen und der Brandmeister höchstpersönlich schoss mit einer Brandpistole hinein. Bald darauf stand die Synagoge in hellen Flammen. Die Feuerwehrleute hatten einen Ring um die Synagoge gebildet und ließen niemanden heran.“³⁹

Trotz einer Brandanzeige, die nach 1 Uhr bei der Polizei einging, wurde von weiteren Veranlassungen abgesehen. Die Feuerwehr beschränkte sich in den folgenden 11 Stunden mit 35 Männern darauf, den Brand zu kontrollieren und das Übergreifen auf die anliegenden Gebäude zu verhindern.⁴⁰ Die Synagoge selbst brannte bis auf die Grundmauern nieder. Zahlreiche Schaulustige verfolgten den Brand.

Die Gestapo und die Polizei folgten zur gleichen Zeit der Anweisung Heydrichs, so viele männliche Juden - „insbesondere wohlhabende“ - wie möglich zu verhaften. Nach 2 Uhr nachts und am späteren Morgen wurden noch 14 Männer und vier Frauen in Detmold festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Die Frauen wurden am Morgen wieder entlassen.

Zu den weiteren Ereignissen in Lippe: Nach der Aktion in Detmold wurden durch Wedderwille und Faßbach die Partei- und SA-Führer in den Orten telefonisch oder durch NSKK-Kuriere informiert. Wedderwille selbst scheint zumindest zeitweise an der Aktion in Horn beteiligt gewesen zu sein. Eine besondere Rolle in Lippe spielten aber - obwohl Heydrich eine Beteiligung der SS durch Blitz-Fernschreiben von 1.20 Uhr untersagt hatte - die in ihre Heimatorte zurückkehrenden SS-Männer, so in Lemgo, Bad Salzuflen, Lage, Bösingfeld und Alverdissen.

Unter Wedderwilles Leitung wurden in Horn bei mehreren Familien die Wohnungen und Geschäfte demoliert und die Einrichtungsgegenstände auf die Straße geworfen.⁴¹ Die Horner SA beteiligte sich nur am Rande; sie war größtenteils zu Aktionen gegen die Juden in Haaren unterwegs. Bei der Zerstörung der Einrichtung in der Wohnung der Julie Hirschfeld kam die 80jährige Frau durch einen Sturz von der Treppe zu tödlichen Verletzungen. Die anschließenden - nicht mit besonderem Nachdruck - geführten Ermittlungen der Partei und der Staatsanwaltschaft führten zu keinem Ergebnis, das darauf hindeutete, Julie Hirschfeld sei das Opfer direkter Gewalteinwirkung, also die Treppe heruntergestoßen worden. 1946 scheiterte ein erneutes Aufrollen des Falles daran, weil man der unbekanntenen Beteiligten nicht habhaft werden konnte. Der die Frau im Landeskrankenhaus in Detmold behandelnde Arzt soll damals nicht geglaubt haben, „dass die Jüdin Hirschfeld sich die schweren Kopfverletzungen lediglich durch den Sturz von der Treppe zugezogen habe.“⁴² Auch die Horner Synagoge war Ziel der Aktion. Hier wurden die Fensterscheiben und die gesamte Inneneinrichtung zerstört. Festgenommen wurden vier jüdische Männer.

³⁹ Erinnerungen von Helmut Hirsch, 8. August 1978. Kopie im Besitz des Verfassers.

⁴⁰ Jahresbericht der Freiwilligen Feuerwehr Detmold, 1938; in: LAV NRW OWL, D 107 A Nr. 62.

⁴¹ Zum Ablauf in Horn: Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 313 und 314; D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 112 und 130; D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 833. Bericht der Gend.-Abteilung Detmold an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 35; Vermerk des Bgm. Horn, 6. Juni 1939; in: Stadtarchiv Horn 204/031.

⁴² Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 114.

Die Ausschreitungen in Schwalenberg gingen ebenfalls auf einen Befehl der Kreisleitung an die dortige SA zurück, die aufgefordert wurde, sich bereitzuhalten.⁴³ Zur weiteren Anweisung kämen SA-Leute aus Detmold. Schwalenberger Parteigenossen und offensichtlich von Detmold anrollende SS-Angehörige wendeten sich am Morgen um 6 Uhr gegen das Geschäft und die Wohnung des Gustav Bachrach. Geschäft und Wohnung des Kaufmanns wurden verwüstet, Bachrach und der Angestellte Willi Harf verhaftet und nach Blomberg ins Gefängnis verbracht. Die nicht mehr genutzte Synagoge wurde verschont.

In Belle wurden die Grabmäler auf dem jüdischen Friedhof umgestürzt. Zu weiteren Zerstörungen kam es nicht. Emil Klarenmeyer und Albert Sondermann wurden jedoch verhaftet.⁴⁴

In Lage wütete aus Detmold angefahrene Salzufler SS.⁴⁵ Auf dem jüdischen Friedhof wurden die Gräber geschändet. Dann wandte man sich gegen Max Werthauer, dessen Wohnung vollkommen zertrümmert, und der noch bei seiner Verhaftung geschlagen und misshandelt wurde.

Zwischen 4 und 5 Uhr morgens kehrten Salzufler SS-Leute von den Externsteinen und den anschließenden Aktionen in Detmold nach Bad Salzuflen zurück und zogen durch die Stadt.⁴⁶ Drei Geschäfte wurden demoliert und die Auslagen auf die Straße geworfen. Auch die Fensterscheiben wurden zertrümmert. Anschließend zog man zur Synagoge. Nachdem die Inneneinrichtung vollkommen zertrümmert war, setzte der Mob das Gebäude in Brand, das bis auf die Grundmauern abbrannte.

Im benachbarten Schötmar wurden drei Geschäfte und drei Wohnungen von Juden demoliert und neun Juden in „Schutzhaft“ genommen.⁴⁷ Im Laufe des Tages fanden Zerstörungen im Innenraum der Synagoge statt; erst am Abend des 10. Novembers gegen 20 Uhr legte die SS Feuer in der Synagoge. Die benachrichtigte Feuerwehr beschränkte sich auf den Schutz der angrenzenden Gebäude und löschte den Brand schließlich gegen 22 Uhr.

In den Nachtstunden wurde auch der SA-Führer Kruse in Bösingfeld durch einen Kurier aus Detmold von der Weisung des Kreisleiters in Kenntnis gesetzt.⁴⁸ Kruse selbst machte sich mit einem Kameraden auf den Weg nach Silixen und Alverdissen. Zur Durchführung der Aktion in Bösingfeld kam ein Kommando aus Detmold mit einem LKW, das vor allem aus Lemgoer SS-Angehörigen bestand. Das Kommando führte mit örtlicher Unterstützung die Aktionen durch. Die Wohnung von Benjamin Katz und das Geschäft Moritz Frankensteins wurden aufgesucht und demoliert. Nach dem Krieg berichtete ein Nachbar von der Wirkung der Gewaltmaßnahmen auf die Betroffenen und deren Furcht: „Der Wahrheit entsprechend ist es aber, dass

⁴³ Zum Ablauf in Schwalenberg: Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 318. Bericht des Gend.-Bereiches Schwalenberg an Gestapo Bielefeld, 16. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 39 f. Bericht des Bgm. Schwalenberg, 10. November 1938; in: Stadtarchiv Schwalenberg B Nr. 249.

⁴⁴ Zum Ablauf in Belle: Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 319. Bericht des Gend.-Postens Belle an Gestapo Bielefeld, 17. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 30.

⁴⁵ Zum Ablauf in Lage: Bericht des Bgm. Lage an Gestapo Bielefeld, 17. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 38 f.; Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 115. Vgl. Lippische Volkszeitung vom 11. November 1938.

⁴⁶ Zum Ablauf in Bad Salzuflen: Bericht des Polizeiobermeisters Bad Salzuflen an Gestapo Bielefeld, November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 77 ff.; Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 127.

⁴⁷ Zum Ablauf in Schötmar: Bericht des Gend.-Amtes Schötmar an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 86 f.; Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 129.

³¹ Vermerk des Gend.-Meisters Schötmar, 12. November 1938; in: Stadtarchiv Bad Salzuflen, Schötmar III.140.11.2.

⁴⁸ Zum Ablauf in Bösingfeld: Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 156 und D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 298. Gend.-Amt Bösingfeld an Amtmann Brake, 10. November 1938; in: LAV NRW OWL, D 105 Brake Nr. 33. Bericht des Gend.-Amtes Bösingfeld an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 81.

ich dem Juden Frankenstein sowie seiner Tochter während des Terroraktes Unterschlupf in meinem Keller gewährt habe. Denn Frankenstein kam damals in der Unterhose und Strümpfen, seine Tochter kam im Nachthemd zu mir in das Haus gelaufen und sagten: ‚Die SA ist in meinem Haus und machen meine Mutter tot.‘ Frankenstein sowie seine Tochter waren etwa 5 Minuten in meinem Keller, dann kam auch schon der Polizeibeamte Hellweg und nahm Frankenstein sowie seine Tochter in Schutz.⁴⁹

Beide Männer, Katz und Frankenstein, nahm man kurzerhand in „Schutzhaft“ und brachte sie später nach Alverdissen ins Gerichtsgefängnis. Anschließend machte sich das Kommando auf den Weg zum Friedhof, stürzte einige Grabsteine um und zog dann zur Synagoge. Mit Spitzhacken stürzten sich die SS- und SA-Leute auf die Inneneinrichtung und die Fenster und zertrümmerten alles.

In Silixen suchte unterdessen der SA-Mann Kruse aus Bösingfeld mit Unterstützung der dortigen Parteigenossen drei jüdische Wohnungen auf.⁵⁰ Fenster und Möbel wurden zerstört. Schließlich brachten die Täter drei Männer ins Gerichtsgefängnis nach Alverdissen.

In Alverdissen waren neben dem Bösingfelder SA-Führer Kruse von Detmold herbeigeeilte SS und sogar zwei Polizeibeamte aus Lemgo an den Ausschreitungen beteiligt.⁵¹ Das Geschäft und die Wohnung von Gustav Arensberg wurden aufgebrochen und zahlreiche Akten auf der Straße verbrannt. Arensberg selbst hielt sich zum Zeitpunkt der Aktion nicht in Alverdissen auf.

Der Befehl zur Aktion in Barntrop wurde vom lippischen SA-Führer und Direktor der Landespolizei Faßbach telefonisch übermittelt.⁵² Der Bürgermeister erteilte dem Barntroper SA-Führer Reese auf dem Rathaus den Befehl zum Vorgehen gegen die Juden im Ort. Gleichzeitig reichte er dem SA-Mann eine Pistole, die er einem Juden „unterschieben“ sollte, um dessen Festnahme zu begründen. In Barntrop wurden die Wohnungen von Salli und Max Katz demoliert. Dann zogen der Ortsgruppenleiter und die SA zur Synagoge und zertrümmerten dort die Bänke und die gesamte Inneneinrichtung.

In Oerlinghausen wurden offensichtlich in den Vormittagsstunden des 10. November Heinrich Herz und Eduard Kulemeyer verhaftet.⁵³ Erst am Abend sammelten sich auf Weisung des SA-Führers Kurt Heumann die SA und Parteigenossen in Zivil vor dem Geschäft von Heinrich Herz. Unter Führung des Ortsgruppenleiters Paul Reuter wurde das Geschäft aufgebrochen und der Verkaufsraum verwüstet. Die anwesende Irma Herz wurde dabei bedroht. Die dann geplante Inbrandsetzung der mittlerweile verkauften und in nicht-jüdischen Besitz übergegangenen Synagoge kam auf die mäßige Einwirkung des Ortsgruppenleiters hin nicht zustande. Der Turmaufbau mit dem weithin sichtbaren Davidsstern wurde wenig später aber demontiert.

⁴⁹ Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 298.

⁵⁰ Zum Ablauf in Silixen: Bericht des Gend.-Postenbereiches Silixen an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 89; Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 315 und 317. Gend.-Amt Bösingfeld an Amtmann Brake, 10. November 1938; in: LAV NRW OWL, D 105 Brake Nr. 33.

⁵¹ Zum Ablauf in Alverdissen: Bericht des Gend.-Postenbereiches Hillentrop an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 P Nr. 1106 Bl. 76 f.; Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 300.

⁵² Zum Ablauf in Barntrop: Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 131 und D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 307. Bericht des Gend.-Postenbereiches Bega an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 80.

⁵³ Zum Ablauf in Oerlinghausen: Schutzhaftkostenrechnungen Stadt Oerlinghausen an Irma Herz und Else Kulemeyer, 17. November 1938; in: Stadtarchiv Oerlinghausen B 11/03. Bericht des Gend.-Postens Oerlinghausen an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 84; Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 113.

In Kachtenhausen wurden die Fenster des Wohnhauses der Witwe Antonie Meyer zertrümmert.⁵⁴ In Heidenoldendorf wurde der in „Mischehe“ lebende Wilhelm Ehrmann festgenommen, aber auf Anweisung der Gestapo am 10. November wieder entlassen.⁵⁵

Aus Blomberg waren keinerlei Vorfälle gegen die einzige dort noch lebende Jüdin gemeldet worden.⁵⁶ In Retzen drangen SA-Männer in das Haus von Julius Silberbach und beschlagnahmten einige Waffen aus dem Ersten Weltkrieg.⁵⁷

In Schlangen wurden Kurt und Robert Levi verhaftet und nach Detmold ins Gefängnis transportiert.⁵⁸ In Haustenbeck nahm die Polizei Max und Kurt Soesmann fest.⁵⁹

Nun zu Lemgo.⁶⁰ Hier waren die Gewaltakte wie in Detmold von großer Heftigkeit. Gegen 2 Uhr nachts traf von Detmold her Lemgoer und auswärtige SS in der Stadt ein. Das Atelier des Fotografen Katzenstein wurde gemeinsam von SA und SS zerstört. Bei der Witwe Lenzberg, bei der Familie Frenkel und der Witwe Davidsohn zerstörte die Meute die Fensterscheiben. Bei Mathilde Lenzberg, Walter Frenkel, Isaak Katz und Adolf Sternheim wurden alte Waffen sichergestellt. Auf dem neuen Friedhof der jüdischen Gemeinde stürzten SA und SS Grabsteine um; der alte Friedhof wurde auf Weisung des Bürgermeisters Gräfer „geschleift“ und die Eisenträger dieses und die Eisentore des neuen Friedhofes der SA zur Verschrottung übergeben. Kurz nach 2 Uhr bereits versuchte die SS mit einem Holzstamm Fenster und Tür der Synagoge einzurammen. Nach dem Eindringen wurden Gegenstände aus dem Fenster auf das Pflaster geworfen und dort verbrannt. Um 4 Uhr wurde ein SS-Mann beim Gerätewart der Feuerwehr vorstellig und ersuchte um Benzin. Der Gerätewart weigerte sich und verzögerte damit unbeabsichtigt den Lauf der Dinge. Stunden später führte er zu seiner Rechtfertigung an: „Wäre mir der Zweck des Verbrauchs bekannt gewesen, oder hätte ich gewusst, dass es sich um eine amtliche Maßnahme [sic!] handelte, hätte ich das verlangte Benzin ohne weiteres herausgegeben.“⁶¹ So kam es vorerst nicht zur Inbrandsetzung des Gebäudes. Am Morgen des 10. November betätigte sich die Lemgoer HJ bei der Zerschlagung des Inventars. Um 13 Uhr dann gelang die Brandstiftung. Die Freiwillige Feuerwehr rückte aus und beschränkte sich – wie es im Jahresbericht heißt – mit 10 Mann über vier Stunden hinweg wie üblich auf den Schutz der angrenzenden Häuser.⁶²

45 jüdische Männer aus Lippe wurden am 11. November von Bielefeld aus, mit 360 weiteren aus der Region, ins KZ Buchenwald gebracht.⁶³ Einige blieben einige Wochen, andere einige Monate. Sie waren dort

⁵⁴ Zum Ablauf in Kachtenhausen: Rückerstattungsverfahren wegen Entziehung von Bibliothek und Auto des Dr. Max Meyer; in: LAV NRW OWL, D 20 B Zg. Rü 50/51. Bericht des Gend.-Postenbereichs Helpup an Gestapo Bielefeld, 17. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 82.

⁵⁵ Zum Ablauf in Heidenoldendorf: Dienstbuch der Kripo Detmold, Eintrag 10. November 1938; in: LAV NRW OWL, D 2 C Detmold Nr. 64 Bl. 313; Tagebuch der Kripo Detmold 1938/39, Eintrag 868, 10. November 1938; in: D 2 C Detmold Nr. 110.

⁵⁶ Für Blomberg existieren keine gemeldeten Ereignisse.

⁵⁷ Zum Ablauf in Retzen: Bericht des Gend.-Postens Ehrsen an Gestapo Bielefeld, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 85.

⁵⁸ Zum Ablauf in Schlangen: Aufstellung der Gend.-Inspektion Detmold, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 34.

⁵⁹ Zum Ablauf in Haustenbeck: Aufstellung der Gend.-Inspektion Detmold, 18. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 34.

⁶⁰ Zum Ablauf in Lemgo: Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 294, 295, 296, 297 und 299; D 21 B Zg. 43/1960 Nr. 137; D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 157. Bericht der NSDAP-Kreisleitung Lippe an Gauleitung, 12. November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106 Bl. 28 f.; Bericht des Bgm. Lemgo an Gestapo Bielefeld, 17. November 1938; in: ebd., S. 73 f.

⁶¹ Aktenvermerk mit der Aussage des Feuerwehrgerätewarts, 10. November 1938; in: Stadtarchiv Lemgo A 10737.

⁶² Jahresbericht der Freiwilligen Feuerwehr Lemgo, 1938; in: LAV NRW OWL, D 107 A Nr. 62.

⁶³ Funkspruch der Gestapo Bielefeld, 11. November 1938; in: Stadtarchiv Blomberg IV Nr. 213-01/3. Landrat Detmold an Bgm. Detmold, Horn, Lage, Blomberg, 11. November 1938; ebd.; Zugangsvermerk, 12. November 1938; in: Internationaler Suchdienst (Bad Arolsen), Bestand KZ Buchenwald, Zu-/Abgänge November 1938. Bericht der NSDAP-Kreisleitung Lippe an Gauleitung, 12. November 1938; in: LAV NRW OWL, M1 IP Nr. 1106 Bl. 28 f.

Kälte, Hunger und dem Terror der SS-Wachmannschaften ausgesetzt. Ein Detmolder kam ums Leben, ein weiterer starb nachweislich an den Folgen, einige wurden zum Krüppel geschlagen. Sie alle kehrten traumatisiert zurück.

Die offizielle Darstellung in der Presse wurde bereits eingangs dargestellt. Die Linie der Berichterstattung war von Propagandaminister Joseph Goebbels, dem Deutschen Nachrichtenbüro und dem *Völkischen Beobachter* detailliert vorgegeben. Die lokalen Geschehnisse hatten demnach nichts auf der Titelseite zu suchen; außerdem durften keine Fotos veröffentlicht oder gar Sammelmeldungen über die Vorkommnisse im Reich gedruckt werden. Damit sollte der Eindruck gepflegt werden, die Aktionen seien „spontane antisemitische Aktionen“ bzw. der „Zorn des Volkes“ gewesen.

Wie weit dieses von der Realität entfernt war, belegt ein für Lippe erhaltenes und in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzendes Dokument: die Antwort der NSDAP-Kreisleitung Lippe auf einen Fragekatalog der Gauleitung. Im Fragekatalog heißt es:

„In den kommenden Versammlungen wird es dringend erforderlich sein, auf die Aktion gegen das Judentum in der Nacht vom 9.-10. November ausführlich einzugehen. Insbesondere muss unter Darstellung des gefährlichen Einflusses des Judentums auf die Berechtigung dieser Aktion immer wieder hingewiesen werden. Es mehren sich jetzt schon wieder die Stimmen, die sagen, ‚man hätte es auch anders machen können‘, ‚die armen Juden sind doch auch Menschen‘, insbesondere hätte man ‚doch diese großen Materialschäden vermeiden können‘. Es kommt nunmehr schnellstens darauf an, aus einzelnen Kreisen einige ausführliche Stimmungsbilder über den Eindruck dieser Aktion zu bekommen.“⁶⁴

Der Kreisleiter antwortete getreu:

„Das Auftreten vieler Juden war in letzter Zeit geradezu herausfordernd und wurde von allen Volkskreisen als sehr belästigend empfunden. [...] Die Aktion ist gemeinsam von der SA, SS und Politischen Leitern durchgeführt. Von einer Rivalität der einzelnen Gliederungen untereinander habe ich nichts bemerkt noch feststellen können.“⁶⁵

Das Stimmungsbild, das Wedderwille zeichnete, sah so aus:

„Von den Parteigenossen ist diese Aktion mit größter Befriedigung aufgenommen. Andererseits sind aber noch sehr viele Volksgenossen vorhanden, die politisch nicht reif genug sind, um diese Dinge richtig zu sehen und daher die Maßnahmen zu kritisieren versuchen. Es sind dies in erster Linie die Spießer und kirchlich beeinflusste Personen. In der Arbeiterschaft hat die Aktion gegen das Judentum allgemeine Befriedigung ausgelöst.“⁶⁶

Ein weiteres Bild zeichneten die Berichte der Bürgermeister bzw. Ortspolizeibehörden, die in den folgenden Tagen bei der Gestapo eingingen. Hier ging es ebenfalls nicht nur um das Ausmaß der Aktionen, sondern gerade auch um die Stimmung, die Reaktionen der Bevölkerung auf die organisierte Gewalttat.⁶⁷

Über die Meldung hinaus, dass „abfällige Äußerungen gegen die Aktion nicht bekanntgeworden“ seien, berichtete der Bürgermeister der Stadt Detmold von einer „wahren Befriedigung“ in der Bevölkerung. Auch

⁶⁴ NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord an Kreisleitung Lippe, 14. November 1938; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 996.

⁶⁵ NSDAP-Kreisleitung Lippe an Gauleitung, 23. November 1938; ebd.

⁶⁶ NSDAP-Kreisleitung Lippe an Gauleitung, 23. November 1938; ebd.

⁶⁷ S. die einzelnen Berichte der Bürgermeister bzw. Ortspolizei vom November 1938; in: LAV NRW OWL, M 1 IP Nr. 1106.

die Einwohner Silixens hatten laut Bericht in der Aktion „eine Genugtuung für den ruchlosen Mord gesehen.“ Der Bürgermeister der Stadt Lage sah die Stimmung allerdings differenzierter: „Über die Aktion am 10.11.1938 wird in der Öffentlichkeit nicht groß geredet, jedenfalls nicht Amtspersonen gegenüber. Diese Tatsache lässt das Empfinden aufkommen, dass dem Vorgehen kein allzugroßes Verständnis in der Bevölkerung entgegengebracht wird. Das gesetzliche Vorgehen gegen die Juden wird von der Bevölkerung gutgeheißen.“ In seinem Bericht über die Aktion in Kachtenhausen beklagte der Hauptwachtmeister indirekt, die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung nicht erfassen zu können: „Die Personen, die das Verbrennen oder Zerstören nicht billigen, sagen es nicht zu mir bzw. in meiner Gegenwart.“ Für die Bürger der Stadt Lemgo stellte der Berichterstatter fest, dass die Zerstörung der Synagoge „von einem Teil der Bevölkerung nicht verstanden worden“ sei, auch sei die Beschädigung der Friedhöfe „mit gemischten Gefühlen aufgenommen“ worden. In Alverdissen traten Bedenken in der Einwohnerschaft gegen die Zerstörung der vielen Wertgegenstände zutage. Sie rief auch in Barntrup kritische Bemerkungen hervor. In Schötmar bezogen sich Einwände der Bevölkerung gegen die Aktion ebenfalls auf die Zerstörung von Sachwerten: „Ein Teil der Bevölkerung soll dem Vernehmen nach die Aktion nicht billigen. Es wurden Ausdrücke laut, dass man lieber 100 oder 1.000 Juden hätte erschießen sollen.“

Tatsächlich gibt es Hinweise auf eine von Beklommenheit und teilweise gar Schockzustand geprägte Stimmung, hauptsächlich in kirchlichen und politisch andersdenkenden Kreisen. Dazu zählten vor allem die Schwestern des Diakonissenhauses in Detmold, die nicht nur zwei Jüdinnen pflegten, sondern mutig weiterhin in jüdischen Geschäften gekauft hatten. Ein alter Gewerkschafter, der dort wenige Tage nach dem Terrorakt zu Gast war, berichtete 1951, dass ihm die Schwestern in großer Betroffenheit einen Blick aus dem Dachfenster auf die Synagogenruine gewährten.⁶⁸ Eine Oerlinghauserin erzählte 1984 in einem Interview von einem Besuch ihrer Schwägerin in Lemgo am 10. November. Sie erlebte um die Mittagszeit herum die Inbrandsetzung der Synagoge und machte sich sofort – wie sie sagte – „aus dem Staub“, denn „es war blanker Hass, blanker Terror“. Am Abend zuhause weinte sie.⁶⁹

Zu den Folgen. In einer Ministerkonferenz unter Leitung Görings am 12. November 1938 beschlossen die anwesenden Teilnehmer die Beschlagnahme aller Versicherungsleistungen an die Juden, die Auferlegung einer „Sühneleistung“ von einer Milliarde Reichsmark - später erhöht um eine Viertelmilliarde -, die kostenpflichtige Beseitigung aller Schäden durch die Juden selbst und die beschleunigte „Arisierung“ aller jüdischen Geschäfte. Die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes stellte über Wochen hinweg die mittellosen Juden vor nahezu unlösbare Probleme.

In den nächsten Wochen ergingen sogenannte Sicherheitsbescheide der Finanzämter an die jüdische Bevölkerung, die eine erste Rate der „Sühneleistung“, die 20 Prozent des Vermögens der Juden betrug, einforderten. In der Folgezeit gelang den Nationalsozialisten tatsächlich die beschleunigte „Entjudung“ jüdischer Geschäfte und Unternehmen. In einigen Fällen wurden dabei die Notlagen der jüdischen Eigentümer besonders krass ausgenutzt. Ein SS-Mann aus Detmold unternahm den Versuch, sich persönlich Vorteile zu verschaffen. Er erschien bei der Kommandantur des KZ Buchenwald und ersuchte um die Entlassung von Julius Wertheim zum Zwecke der „Arisierung“ der Wertheimschen Furnierhandlung. Der Kreiswirtschaftsberater Uhl berichtete dem Gauwirtschaftsberater: „Wertheim ist der Meinung, dass wenn er seinen Besitz nicht an den SS-Führer B. verkauft, er wieder in das Konzentrationslager muss.“⁷⁰

⁶⁸ August Winning: *Aus zwanzig Jahren. 1925 bis 1945*. Hamburg 1951, S. 139. Dort heißt es: „In Detmold führte mich Schwester Martha Coerper auf den oberen Flur des Diakonissenhauses und zeigte mir die Brandstätte. ‚Die Synagoge wollte nicht brennen‘, erzählte sie. ‚Da ist das Brandstiftungskommando zum Feuerwehrdepot gegangen und hat sich dort Benzin geben lassen. Mit Benzin ist es dann gelungen.“

⁶⁹ Interview des Verfassers mit K. Meier, 14. November 1984.

⁷⁰ Kreiswirtschaftsberater R. Uhl an Gauwirtschaftsberater, 1. Dezember 1938; in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 924.

Und es gab Wohnungsanfragen. Im Dezember und Januar gingen beim Bürgermeister in Lemgo mehrere Schreiben ein, mit dem Ersuchen, die Häuser von Rosa Gumpel und Mathilde Lenzberg zu kaufen.⁷¹

Noch über mehrere Monate hinweg zeugten die Ruinen der Synagogen von den Vorgängen des 10. Novembers 1938. Die Nazis beabsichtigten natürlich, diese Spuren jüdischen Lebens schnellstens zu beseitigen. Im März 1939 titelte die *Lippische Staatszeitung* auf der Lemgoer Lokalseite: „Abbruch der Synagoge.“ Nach dem Abriss würde nun die Beseitigung der Trümmer erfolgen, womit – so hieß es – „ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung in Erfüllung geht“.⁷² Der Abbruch wurde von der Technischen Nothilfe, Ortsgruppe Lemgo, vorgenommen. Die angefallenen fünf Kubikmeter Steine - guter Teutoburger Sandstein, wie der Bürgermeister schrieb - wurden teilweise dem Kreisbauamt zum Ausbau zur Verfügung gestellt, teils von der Stadt genutzt.⁷³

Die Lebenssituation der jüdischen Bevölkerung änderte sich nach dem 10. November 1938 noch einmal massiv. Hatte man in den Jahren zuvor bereits vereinzelt Terror und Gewalt erfahren, waren die wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen eingeschränkt worden, hatten die Nürnberger Gesetze die Ausgrenzung aus der Gesellschaft manifestiert, war nunmehr eine neue Eskalationsstufe erreicht. Die Machthaber schreckten für jeden sichtbar nicht davor zurück, einem Bevölkerungsteil in seiner Gesamtheit die physische Vernichtung anzudrohen. Nach diesem Tag wurde die sowieso schon eingeschränkte jüdische Presse verboten, der Besuch der Schulen wurde ebenfalls verboten, der Auswanderungsdruck wurde noch einmal verstärkt, das Gemeindeleben noch einmal beschnitten, es folgten Stigmatisierung und eine schleichende Ghettoisierung. Von den vor Kriegsbeginn noch in Lippe lebenden Juden gelang nur wenigen noch die Auswanderung. Etwa 180 antisemitisch Verfolgte, Juden und sog. jüdische Mischlinge, aus Lippe wurden zwischen Ende 1941 und Anfang 1945 in die Lager deportiert, nur 38 überlebten.⁷⁴

Zuletzt noch einige Anmerkungen zur juristischen Aufarbeitung nach 1945. Die Vorgänge des 10. Novembers 1938 haben nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes die Justiz beschäftigt. Es ist ein Ereignis, das so ausführlich wie kaum ein anderes aus den zwölf Jahren der NS-Diktatur in den Ermittlungsakten der Detmolder Staatsanwaltschaft dokumentiert ist. Engagiert mitbetrieben wurde die Aufarbeitung vom damaligen lippischen Polizeichef August Linne. Seine Versuche, der Täter habhaft zu werden und sie einer gerechten Bestrafung zuzuführen, liefen letztendlich weitgehend ins Leere. „Diese Elemente, die sich damals mit ihren Taten brüsteten, sind heute zu feige, zu ihren Taten zu stehen.“ So schrieb die *Freie Presse* im November 1948 im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Detmolder Justiz. Nicht nur im Fall Detmold tat sich die Justiz schwer mit einer Anklage, einem Prozess, einem Urteil. Ähnlich verliefen die Verfahren in den anderen lippischen Städten und Gemeinden. In einzelnen Fällen wurden ein oder zwei sogenannte „Haupttäter“, in der Regel der Ortsgruppenleiter oder der örtliche SA-Führer, zu Haftstrafen verurteilt. Das Strafmaß bewegte sich dabei zwischen zwei und zehn Monaten. Die anderen Täter blieben einfach - „unbekannt“. So leider auch im Fall Julie Hirschfeld, Horn.

Sieben Ermittlungsverfahren der Jahre 1946 bis 1949 befassten sich mit den Ereignissen in Lemgo. Der Versuch, Straftatbeständen wie Brandstiftung, Landfriedensbruch, Misshandlung, Nötigung und Freiheitsberaubung, sowie Sachbeschädigung Täter zuzuordnen, gestaltete sich äußerst problematisch. Die dabei

⁷¹ S. Stadtarchiv Lemgo A 11571. Ähnliche Ersuchen gingen im Zusammenhang mit den Deportationen 1941/42 bei der Stadt ein. Ebd.

⁷² LStZ vom 14. März 1939.

⁷³ Vorgang zum Ausbau der „Polenburg“, 1938/39; in: LAV NRW OWL, D 100 Lemgo Nr. 138; sowie Vertragsangelegenheiten Synagogengemeinde Lemgo und Stadt Lemgo betr. das Synagogengrundstück, 1939/40; in: LAV NRW OWL, D 100 Lemgo Nr. 1963, H. 81.

⁷⁴ Vgl. Dina van Fassen/Jürgen Hartmann: „... dennoch Menschen von Gott erschaffen“ – Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung. Katalog und Arbeitsbuch zur Wanderausstellung. Bielefeld 1991, S. 120.

auftretenden Schwierigkeiten im Fall Detmold schilderte ein Bericht der Staatsanwaltschaft vom August 1946:

„Es wurde festgestellt, dass die Zeugen in ihren Ausführungen sehr zurückhaltend waren. Sie können oder wollen sich nicht mehr auf Einzelheiten entsinnen, trotzdem der Synagogenbrand doch kein alltägliches Ereignis war. Zudem handelte es sich doch hier um einen erst- und einmaligen Gewaltakt, der dem Menschen doch im Gedächtnis haften bleibt. [...] Bezeichnend sind die Angaben solcher Leute, die neben der Synagoge wohnten und alles genauestens gesehen haben müssen. So will Frau B. [...] an dem Abend ein Schlafmittel eingenommen haben und will nichts von dem Treiben in der Synagoge gehört haben. Frau F. [...] will ohnmächtig geworden sein und kann sich an nichts mehr erinnern. Bei dem Ermittlungsverfahren kommt man zu dem Ergebnis, dass die besagten Leute - Zeugen wie Beschuldigte - nicht aus ihrer Haut können und sehr misstrauisch sind.“⁷⁵

Auch für Lemgo sah es nicht anders aus. Nur wenige der Angeklagten erhielten eine Strafe, die zudem sehr gering ausfiel. Verurteilt wurde aber der beteiligte Polizist August Strate, allerdings in anderem Zusammenhang, nämlich wegen Körperverletzung im Amt. Er hatte die Jüdin Rosa Michaelis im Jahr 1941 misshandelt und erhielt dafür fünf Monate Haft.⁷⁶

Geschlossen werden soll mit dem Historiker Michael Wildt:

„Die Gewaltaktionen, so wie sie vor 1933 untrennbar zur nationalsozialistischen Politik gehörten, um den politischen Gegner einzuschüchtern und buchstäblich körperliche Stärke zu demonstrieren, blieben auch nach der Machtübernahme Bestandteil der Politik. [...] Nationalsozialistische Politik war Gewalt, agierte durch Gewalt und fand in Gewalt ihren Ausdruck.“⁷⁷

⁷⁵ Ermittlungsbericht im Verfahren gegen Adolf Wedderwille u.a. wegen Brandstiftung, 29. August 1946; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 149.

⁷⁶ Verfahren gegen August Strate wegen Körperverletzung im Amt, 1949; in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 116.

⁷⁷ Michael Wildt: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939. Hamburg 2007, S. 175.

Noch einmal „Hindenburg in Detmold“

von Andreas Ruppert

Am 26. September 2013 entschied der Rat der Stadt Detmold mit Stimmenmehrheit, die Hindenburgstraße in Hiddesen beizubehalten. Die SPD-Fraktion konnte sich nicht dazu durchringen, die Ehrung eines Mannes aufzuheben, der den Staatsstreich gegen ihren letzten preußischen Ministerpräsidenten 1932 ebenso gebilligt hatte wie das Verbot ihrer Partei ein Jahr später. So blieben Hindenburgs Apologeten erfolgreich, die ernsthaft glauben machen wollten, dass durch die Veränderung eines Straßennamens ein Teil der Geschichte eliminiert würde.

Bedauerlich ist es, dass die Anregung des Hiddeser Ortsbürgermeisters, die Diskussion um Hindenburg zum Anlass zu nehmen, alle in Detmold strittigen Straßennamen auf den Prüfstand zu stellen, nicht aufgegriffen wurde. Ein guter Vorschlag – die Stadt Münster ist so verfahren und hat gezeigt, dass solches Procedere funktionieren kann. Hindenburg hat als Vorbild in einer offenen, der Demokratie und dem Frieden verpflichteten Gesellschaft nichts mehr verloren. Damit wird der ehemalige Reichspräsident nicht nachträglich verteufelt und verliert auch nicht seine zumindest sehr umstrittene Stellung in der deutschen Geschichte. Um eine solche Wertung kommt man nicht herum. „Allen wohl und niemand weh“ ist hier nicht zu haben und das heute Verdrängte kehrt sowieso morgen wieder.

Wir wollen aber den getreuen Hindenburgverehrern eine Hymne nicht vorenthalten, die ihm Freiherr Georg von Eppstein im Jahre 1928 gewidmet hat. Der Dichter stand einst in fürstlich-lippischen Diensten und war mit Leopold IV., dem letzten regierenden Fürsten aus dem Hause zur Lippe, befreundet, der ihm auch in schwerer Zeit unbeirrt die Treue hielt. Von Eppstein war nach der Abdankung des Fürsten nach Berlin gezogen. Von dort wurde er später nach Theresienstadt deportiert, das er nicht überlebte. Heute erinnert ein Stolperstein in Berlin-Lichterfelde an ihn.

Das Gedicht findet sich in von Eppsteins Gedichtband Von draußen und daheim. Deutsche Gedichte. Berlin u. Zürich: Eigenbrödler Verlag o. J. [vermutlich 1928].

Unserm Hindenburg!

Es ist etwas Heilig-Großes,
Wenn einer sein ganzes Sein,
Sein Wesen, Schaffen und Sorgen
Für's Vaterland setzt ein.

Wenn einer von frühester Jugend,
Bis aufwärts zum weißen Haar,
Sein Blut, sein Atmen, sein Handeln
Dem Vaterland bringt dar.

Du hast es wie selten einer
So ganz und so reich getan,
Daß selbst, die fern Dir geblieben,
In tiefer Bewegung Dir nahn.

Du bist dem deutschesten Denken
So sehr das Vorbild der Pflicht:
Es heißt heut Deutschland preisen
Wenn man von Hindenburg spricht.

Du Ritter schlichter Treue,
Die deutsch sind, grüßen Dich,
Der sonder Zagen und Reue
Dem Vaterland opfert sich!

Noch einmal „Ehrenbürger Wilhelm Teudt“

von Andreas Ruppert

Eine öffentlich geführte Auseinandersetzung gab es in den Jahren 2009-2010 um die Frage der Detmolder Ehrenbürgerschaft von Wilhelm Teudt. Unbestritten war sie ihm in der NS-Zeit verliehen worden, unbestritten sind auch die Rechtsfolgen, nämlich ein Erlöschen dieser Würde mit dem Tod. Dennoch blieb die Frage, ob sie ihm seinerzeit wegen angeblicher wissenschaftlicher Verdienste oder wegen seiner Nähe zum NS-Regime verliehen worden war.¹ Am 27. Mai 2010 wurde sie ihm vom Rat der Stadt Detmold „virtuell“ aberkannt – bei vielen Gegenstimmen, deren Vertreter sich davon überzeugt zeigten, dass Teudt zwar eine umstrittene Persönlichkeit, aber kein Nationalsozialist gewesen sei – ein Mann, der sich selbst als „Nationalsozialist bis auf die Knochen“ bezeichnet hatte. Es ist immer hilfreich, an die Grenzen der Möglichkeiten historischer Aufklärungsarbeit erinnert zu werden und sich keinerlei Illusionen darüber hinzugeben.

Erstaunlich war es zuvor allerdings schon, dass der Detmolder Rat am 9. November 1945 (!) zwar Alfred Meyer, dem ehemaligen Gauleiter, und Wilhelm Brückner, Hitlers Adjutanten im lippischen Wahlkampf, die Ehrenbürgerschaft aberkannt, sie Teudt aber belassen haben sollte. Zu prüfen war das nicht, da das entsprechende Protokoll im Stadtarchiv nicht überliefert ist und Hinweise in anderen Quellen darüber bisher nichts aussagten. In einer erst jüngst ausgewerteten Akte des Bestandes „Hauptamt“ im Stadtarchiv ließ sich nun folgendes Geschehen erkennen.²

Im Sommer 1942 hatte Stadtrat Strate ein Ölgemälde Teudts gestiftet, das im Rathaus ausgestellt wurde. Vom 20. August 1946 stammt die Meldung des Stadtdirektors, dass das Bild „nach dem Umsturz ... vorerst Frau Teudt zur Verwahrung überlassen“ worden sei, ohne dass die Stadt allerdings auf ihr Eigentumsrecht verzichtet hätte. Später unternahm die Stadt mehrere Versuche, das Bild von Frau Teudt bzw. von ihrer Tochter, in deren Besitz es inzwischen übergegangen war, zurückzuerhalten. Die Bemühungen enden mit einer überraschenden Verfügung des Hauptamtes vom 6. August 1962: „Herrn Prof. Teudt wurden durch Beschluß des Rates vom 9. November 1945 die Ehrenbürgerrechte aberkannt.“ Darauf bezog sich auch die Verfügung des Stadtdirektors vom 29. März 1965: „Der Germanenforscher Wilhelm Teudt war Ehrenbürger der Stadt Detmold. Ihm ist jedoch nach dem Kriege die Ehrenbürgereigenschaft aberkannt worden.“ Damit war das Interesse der Stadt an jenem Ölgemälde erloschen.

Und so bleiben zwei überraschende Erkenntnisse: dass Teudt seit 1945 kein Ehrenbürger mehr war, dass aber weder die Stadtverwaltung noch die Familie die damalige Ratsentscheidung offenbar ernst genommen haben. Denn unbekannt kann sie nicht gewesen sein.

¹ S. dazu Jürgen Hartmann: Vom „völkischen Vorkämpfer“ zum Nationalsozialisten „bis auf die Knochen“. Der politische Werdegang des „Germanenkundlers“ Wilhelm Teudt, in: Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte, 11/2010, S. 23-36.

² Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold Nr. 2141.

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Rheine) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

V.i.S.d.P.: Jürgen Hartmann, Barbarastraße 36 c, D-48429 Rheine.

URL: www.rosenland-lippe.de

Anfragen, Beiträge etc. an: rosenland-lippe@web.de

Erscheinungsweise: ca. 2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Herbst 2014.

Redaktionsschluss: 30. September 2014.